



Wie wird Recht geschrieben? Nach Gusto!

Wie wird Recht geschrieben?



Herzlich Willkommen zur elften Ausgabe *eigentlich frei!* Das Schwerpunktthema dieses Heftes lautet „USA“. Wie bei allen Schwerpunktthemen sind auch hier die diesbezüglichen Beiträge zunächst als Einleitung und Anregung für eine weitere Diskussion zu verstehen. Der zurzeit auch in Deutschlands Kinos sehr populäre Film mit Mel Gibson als „Der Patriot“ thematisiert eingehend den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Unter amerikanischen Libertären wird der Film teilweise gefeiert, da er den Kampf um die ziemlich libertäre Unabhängigkeitserklärung heroisiert. Doch was wäre gewesen, wenn z.B. der Held des Films seiner bemerkenswerten Rede auf dem Mobilmachungskonvent treu geblieben wäre, als er in Frage stellte, einen fernen Tyrannen (den englischen König) durch „tausend Tyrannen in der nächsten Nachbarschaft“ (gemeint war offensichtlich die kommende Demokratie) einzutauschen? Er hätte sich und vielen anderen das kriegstypische, bestialische Morden und den Tod erspart – um am Ende wie Kanada gewaltfrei die staatliche „Unabhängigkeit“ zu erlangen. Die *eigentlich freie* Moral von der Geschichte: Persönliche Aufopferungen für ein höheres Ideal lohnen am Ende nie – auch nicht für ein vermeintlich libertäres Ideal! Oder?



Überhaupt sind die USA von heute für Libertäre sehr zwiespältig, gelten sie doch mit der Unabhängigkeitserklärung und mit dem Entstehen der modernen Libertären Bewegung Ende der 1960er Jahre als so etwas wie das Mutterland radikaler Freiheitsideen. Parteienverbote oder gar Verbote von Meinungsäußerungen (z.B. im Internet), in Deutschland heute wieder Gang und Gäbe, sind in einem Land der Free-Speech-Tradition glücklicherweise immer noch undenkbar. Auf der anderen Seite sind die USA von heute alles andere als ein besonders freiheitlicher Staat (sofern so etwas möglich ist): Ausgehverbote für Jugendliche, Verbote von Prostitution und unverblümete Klientelpolitik (siehe den Artikel von Constantin Papispyratos) sind leider an der Tagesordnung. Nähern wir uns also diesem Kuriosum mit einigen einleitenden Aufsätzen. Ich bin sicher, dass nicht nur die Beiträge zu dieser Thematik Anstoß erregen werden! *eigentlich frei* möchte provozieren, auch Widerspruch. Wir alle werden, dessen bin ich sicher, davon profitieren.

Sicher bin ich auch, dass einige Leser in diesen Zeilen eine erneute Stellungnahme zur Rechtschreibreform erwarten, nachdem die altherwürdige Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland am 1. August zur alten Schreibweise zurückgekehrt ist. Nun, hätte die FAZ - und mit ihr jede andere Tageszeitung in Deutschland - nicht letzten Sommer die Schreibung verändert, so würde auch *eigentlich frei* heute noch weitgehend nach den amtlichen Regeln von 1901 schreiben. Jetzt ist es aber so, dass Einige sich an das Neue bereits gewöhnt haben. Manchen Reformbestandteil halte ich auch für sprachlich durchdacht, so die durchgängigere Großschreibung von Substantiven. Ganz besonders unsinnige Getrennschreibweisen hat *ef* ohnehin möglichst nicht mitgemacht, hierauf wird erst recht in Zukunft weitgehend verzichtet werden. Ist es nicht wunderschön, dass jetzt im Land des unbändigen staatlichen Regulierungswahns die Schreibung mehr und mehr wieder - wie einst zu Goethes Zeiten - zu einer individuellen, persönlichen Angelegenheit wird? Ein freundliches „Du“ z.B. werde ich persönlich immer mindestens genau so groß schreiben, wie das deutsche Spezifikum „Sie“ - auch nach der Rechtsverordnung. Und sein „Eigen“ sollte jeder Libertäre eigentlich schon immer groß geschrieben haben - oder nicht? Der jetzt in Deutschland beginnende Kulturkampf um die richtige Schreibweise zeigt, dass die staatlich festgelegte Einheitsschreibung ins Wanken gerät. Kann man dies als Libertärer wirklich - wie die FAZ es mit nationalem Pathos so sehr bedauert - schlecht finden? Die FAZ (u.a.) auf der einen Seite und ihre ideologischen Gegenüber am anderen Rechtschreibufer werden jetzt stur an ihrer jeweiligen Schreibung festhalten. Am Ende wird daraus - und hier wage ich eine Prognose - ein „dringender Fall“ für unsere Politiker werden, einen in der Politik so typischen neuen Kompromiss zu finden. Ich werde den jetzt einsetzenden Kulturkampf mit Amusement beobachten. Schade nur, dass sich auch in diesen Kulturkampf - siehe zu einem anderen solchen Beispiel den Artikel von Virginia Postrel - der Staat einmischt. Die Rechtschreibobjektivisten unter den Lesern mögen sich also provoziert fühlen, so wie die Rechtsobjektivisten durch die neckische Überschrift, bei Bedarf auch zu Leserbriefen oder Artikeln!

Voraussichtlich im September und im November werden die ersten beiden Taschenbücher der neuen Reihe *edition ef* erscheinen. Förderabonnenten werden beide Bücher im Rahmen ihres Förderabonnements zugesandt bekommen. Beide Bücher werden, sobald erschienen, auf unseren Internet-Seiten (www.eifrei.de) sowie dann in der nächsten Ausgabe vorgestellt werden.

Die Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben werden sein: „Drogen“, „Hofberichterstattung“, „Kommunales“, „Kunst“, „Objektivismus“, „Parteien“, „Revisionismus“, und „Verkehr“. Über die Reihenfolge entscheiden eingehende Beiträge. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am 15. September. Ich freue mich auf Ihre Beiträge!

Nach Gusto!

Ihr Herausgeber



Impressum

eigentlich frei

Marktplatz für Liberalismus, Anarchismus und Kapitalismus

erscheint vierteljährlich

Einzelpreis/Probeheft Incl.: 10,00 DM + 3,00 DM Porto/Vp.

Jahresbezugspreis Kalenderjahr Inland: 44,00 DM

Jahresbezugspreis Kalenderjahr Europa: 65,00 DM

Jahresbezugspreis Kalenderjahr Übersee: 88,00 DM

Herausgeber, Redaktion und Layout:

André F. Lichtschlag

email: Lichtschlag@eifrei.de

Web: <http://www.online-club.de/m0/Lichtschlag>

Tel. 02181-72237

Verlag:

G+L Verlag - Gabriele Becker

Lerchenweg 55

41516 Grevenbroich

Tel. 02181-72237

Bankverbindung:

Gabriele Becker

Sparkasse Neuss

(BLZ 30550000)

Kto.-Nr. 442 415 94

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren selbst verantwortet und geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Druckerei: A&M Copy-Druck Haus, 53113 Bonn

Tel.: 0228 / 21 54 92

Internet:

<http://www.eifrei.de>

<http://www.eigentuemlichfrei.de>

<http://www.eigentuemlich-frei.de>

Bisherige *eigentlich freie* Autoren und Interviewpartner:

Bernd Anders, Roland Baader, Joscha Bach, John P. Barlow, Bernhard Bartmann, Gabriele Becker, Kristof Berking, Stefan Blankertz, Dirk van den Boom, Hardy Bouillon, Wolfgang Clauß, Raul Costales, Reinhard Deutsch, Claus Diem, Marianne Diem (geb. Bröcker), Alexander Dilger, Detmar Doering, Wolf Doleys, Peter Duesberg, Kurt Fleming, Hans-Wolff Graf, Jörn Grunert, Gerd Habermann, Werner Habermehl, Jörg Guido Hülsmann, Benedikt Jäger, Marc D. Joffe, Michael Kastner, Ulrich Klemm, Stefan Kopp, Hermann Kraus, Ulrike Kraut, Bernd A. Laska, André F. Lichtschlag, Lazarus Long, Martin Matz, Wendy McElroy, Jens P. Meiners, Stefan Metzeler, Michael Miersch, Ulrich Motte, Karl Nagel, Robert Nef, Constantin Papaspyratos, Virginia Postrel, Gerard Radnitzky, Ingo Resch, Eva Riehm-Günther, Llewellyn H. Rockwell Jr., Roland Pimpl, Alban Schmid, Frank Seibert, S. Fred Singer, Gunnar Sohn, Helmut Stücher, Walter Swoboda, Sascha Tamm, Andreas Thüngen, Uwe Timm, Halil Ibrahim Türkdogan, Erich Weede, Rolf Weitkunat, Ulrich Wille, Andreas K. Winterberger, John Zube
Titelkarikatur: Andreas Wichmann

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

Inhalt



Schwerpunktthema: USA

372

Klientelismus, Korruption und Interventionismus
Die Geschichte der Parteien in den USA
Constantin Papaspyratos

375

Der Ursprung des amerikanischen Bürgerkrieges
Llewellyn H. Rockwell Jr.

376

Justiz-Schnüffelei jetzt auch im High-Tech-Bereich
Über die Konsequenzen eines Software-Kulturkampfes in den USA von heute
Virginia Postrel



Beiträge zur Diskussion um die Freiheit

378

Libertärer Anarchismus ist instabil und unerreichbar
Alexander Dilger

381

Max Stirner
- Pate von *eigentlich frei*?
Bernd A. Laska

384

Kulturförderung und Staatsabhängigkeit der Kultur
Robert Nef

385

Kampfhunde auf den Markt!
André F. Lichtschlag

386

Tierrechte?
Was halten Tierschützer eigentlich von Menschenrechten?
Detmar Doering

390

AIDS:
erworbenes Immunschwäche-Syndrom
Ein Skandalgespräch von *Claus Diem* mit *Peter Duesberg*

396

Leserbriefe



Bücher zur Freiheit

397

Der Krieg als Feind der Freiheit
Erich Weede



Service/Fragebogen

398

KASTNER
Michael Kastner

399

Übergeschnappt
Redaktion *eigentlich frei*

399

14 Fragen an *Marianne Diem*



Klientelismus, Korruption und Interventionismus

Die Geschichte der Parteien in den USA

von Constantin Papispyratos



Auf den ersten Blick treten in den USA lediglich zwei Parteien in Erscheinung, die *Democrats* und die *Republicans*. Während Erstere ein eher sozial-demokratisches Bild hinterlassen, wirken Letztere tendenziell rechts-konservativ. Auf den zweiten Blick treten dann noch einige Parteien auf, die die Parteienlandschaft auf einzelstaatlicher oder kommunaler Ebene ergänzen, wie z.B. die *Libertarian Party*, die *Green Party* oder auch die *Liberal Party* bzw. die *Conservative Party*, welche sich in New York als radikale Flügelparteien herausgebildet haben. Allerdings konnte die Dominanz der beiden großen Parteien niemals auf Bundesebene – weder bei Präsidentschaftswahlen noch bei Kongresswahlen – ausgehöhlt werden. Dies liegt zum Einen, ähnlich wie in Großbritannien, in der Anwendung des Mehrheitswahlsystems begründet. Zum Anderen sind die *Democrats* und die *Republicans* die Nutznießer eines umfassenden Klientelismus, das das Auftreten weiterer Parteien erschwert. Die Klientelbeziehungen wurden bereits zu Beginn der Staatsgründung geknüpft und haben sich bis in die Gegenwart fortgesetzt.

1. 1796–1820: Die Entstehungsphase

Die ersten beiden Parteien, die sich nach der Staatsgründung bildeten, waren die *Federalists* und die *Democratic Republicans*. Die *Federalists* gruppierten sich um Alexander Hamilton, der der merkantilen Wirtschaftslehre folgte und die Schaffung eines umfassenden Verwaltungsstaates beabsichtigte, um die industrielle Entwicklung zu forcieren. Neben einem staatlichen Geldmonopol sollte dieses Ziel – entsprechend dem Merkantilismus – durch staatlich subventionierte Industriebetriebe erfolgen, die durch Schutzzölle vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden sollten.

Die *Democratic Republicans* wurden von Thomas Jefferson angeführt, der ein Anhänger der physiokratischen Wirtschaftslehre war. Als Diplomat in Frankreich befasste er sich mit der Physio-

kratie und suchte das von ihr formulierte Ideal einer agrarischen Gesellschaft, die sich ohne staatlichen Einfluss entwickeln sollte, zu verwirklichen.

Während die *Federalists* die Präsidentschaftswahlen 1796 mit ihrem Kandidaten John Adams knapp gewinnen konnten, gingen 1800 die *Democratic Republicans* knapp als Sieger hervor und Thomas Jefferson wurde Präsident. Zwar bemühte sich Jefferson, günstige Voraussetzungen für ein liberales gesellschaftliches Klima zu schaffen, um die wirtschaftliche Entwicklung von staatlichen Eingriffen frei zu halten – allerdings benötigte er dazu im Rahmen des demokratischen Regierungssystems ausreichende Mehrheiten für die zukünftigen Wahlen. Die Situation stellte sich wie folgt dar:

1) Das Wahlrecht beschränkte sich auf Grundbesitzer.

2) Die Regierung verfügte über zahlreiche Territorien, insbesondere nach dem Kauf des Louisiana-Gebiets 1803 von Frankreich. Diese Gebiete waren zunächst noch nicht als Bundesstaaten konstituiert.

3) Sobald sich in einem Territorium 60.000 Einwohner zusammenfanden, wurde das Territorium als Bundesstaat aufgenommen, d.h. es erhielt Mandate im Senat, im Repräsentantenhaus sowie im *electoral college*, das den Präsidenten wählt.

Um sich Wählermehrheiten zu sichern, machte sich Jefferson diese Gegebenheiten zu Nutze. Es wurden staatseigene Ländereien an Siedler verschenkt – dadurch wurde das Wahlrecht erheblich ausgeweitet. Durch Landschenkungen an Siedler steigerten sich in den Territorien die Einwohnerzahlen auf über 60.000 und diese wurden damit als Bundesstaaten aufgenommen. In allen neu hinzugekommenen Staaten erlangten die *Democratic Republicans* eine dominante Stellung und durch die Mandate dieser Staaten im Kongress somit auch

auf Bundesebene, während die *Federalists* bedeutungslos wurden.

2. 1820–1890: Freihandel, Schutzzoll, Bürgerkrieg und die Folgen

Dieses Einparteiensystem konnte sich bis ca. 1820 halten, auf Grund der wirtschaftsstrukturellen Gegensätze zwischen der Landwirtschaft und der – insbesondere im Nordosten konzentrierten – Industrie, kam es zu einer Abspaltung von den *Democratic Republicans* in Form der *National Republicans*, die dann zur *Whig*-Partei wurden. Erneut ging es der Industrie darum, durch Schutzzölle vor ausländischer Konkurrenz geschützt zu werden. Die exportierenden Agrarier dagegen forderten unbeschränkten Freihandel, da sie Gegenmaßnahmen der anderen Nationen fürchteten, was zu Exporteinbußen führen musste.

Letztendlich wurden die Forderungen nach Schutzzöllen erfüllt, indem zahlreiche Unternehmer wiederum Klientelbeziehungen zu Politikern knüpften und dadurch auf die parlamentarischen Mehrheitsbildungen Einfluss nehmen konnten. Jeder Kongressabgeordnete muss in seinem Wahlkreis die relative Mehrheit an Stimmen erringen, um das Mandat zu gewinnen. Der Kandidat wurde von Unternehmern mit Geldern versorgt, die der Kandidat wiederum dazu nutzte, um über die Finanzierung öffentlicher Güter (Straßen, Schulen, Krankenhäuser usw.) Wählerstimmen zu mobilisieren. Konnte der Kandidat nun das Mandat gewinnen und in den Kongress einziehen, so „revanchierte“ er sich für die Geldspende durch ein entsprechendes Stimmverhalten – insbesondere wenn über ein Schutzzollgesetz abgestimmt wurde.

Die „Effizienz“ dieser Klientelstrukturen wurde dadurch begünstigt, dass im Zuge der Präsidentschaft Andrew Jacksons (1828–1836) das „Beutesystem“ (*spoils system*) eingeführt wurde. Damit wurde die Forderung umgesetzt, derjenige, der aus demokratischen Wahlen



siegreich hervor geht, müsse auch über die öffentlichen Ämter in seinem Zuständigkeitsbereich willkürlich verfügen können. Das bedeutet, auch die öffentliche Verwaltung wurde in die Klientelnetze eingebunden und korrumpiert. Dies äußerte sich darin, dass die Parteien und ihre Anhänger in den Verwaltungen (diese Geflechte werden als *party machines* bezeichnet) einzelne Unternehmungen - darunter auch solche Gewerbe wie Zuhälterei, Alkoholschmuggel o.ä. - vor Konkurrenz und Polizei schützten. (Die Perversität bestand also darin, dass durch staatliche Gebote und Verbote ein schwarzer Markt entstand, in dem dann wiederum durch staatliche Eingriffe Ausnahmehereiche für Parteienspenden geschaffen wurden.) Die Klientelbeziehungen haben dabei die skurrilsten Ausprägungen hervorgerufen, so wurde Präsident Garfield 1880 kurz nach seiner Wahl von einem seiner Anhänger ermordet, der sich bei Garfields Postenvergabe im öffentlichen Dienst übergangen fühlte. Die Hauptstadt Washington D.C. ist bis heute nicht als Bundesstaat konstituiert und deshalb nicht mit Mandaten im Senat und Repräsentantenhaus vertreten; daher befand sich die Stadt bis zum Anfang dieses Jahrhunderts in einem völlig heruntergekommenen und verrotteten Zustand (abgesehen vom Regierungsviertel), da es keine Abgeordneten gab, die bestochen werden konnten und die ihre Bestechungsgelder verwenden konnten, um sich Wählerloyalitäten mittels der Bereitstellung öffentlicher Güter erkaufen zu können. In einigen Großstädten wurden Stimmen mehrfach gekauft, so dass in einigen Fällen Wahlbeteiligungen von über 140% (!) gezählt wurden.

Der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft verschärfte sich in den folgenden Jahrzehnten so sehr, dass er eine wesentliche Ursache für die Sezession der Südstaaten darstellte, was dann im Bürgerkrieg gipfelte (1860–1865). Die Konfliktsituation bestand darin, dass der auf Baumwollexporte spezialisierte Süden die vom industriellen Norden initiierten Schutzzölle ablehnte. Da die Südstaaten aber im Kongress die Minderheit bildeten, hatten sie keine Möglichkeiten, sich dem Votum zu entziehen, außer durch Sezession (die Frage der Sklaverei spielte dabei zwar auch eine wichtige, aber nur untergeordnete Rolle). Das hatte Konsequenzen, die sich bis in die Gegenwart nachweisen lassen:

1) Die *Democratic Party* (die *Democratic Republicans* hatten sich 1840 umbenannt) erlangten als Befürworter der Sezession und des Freihandels im Süden eine dominante Stellung. Im Norden dagegen waren sie als Partei der Sklavenhalter und Feudalisten verhasst. Lediglich in den Großstädten konnten sie mittels ihrer *party machines* Wähler rekrutieren. Oft wurden an Einwanderer Arbeitsplätze und Unterkünfte vermittelt, die dann als Gegenleistung Wählerstimmen zur Verfügung stellen mussten (in der Regel musste der Familienvater für die Stimmen aller wahlberechtigten Familienmitglieder bürgen).

2) Im Zuge des Sezessionskonflikts zerfielen die *Whigs*, da sie u.a. in der Frage nach der Legitimität eines Austritts aus den USA gespalten waren. Ihre Anhänger sowie Sklaverei-Gegner der *Democrats* fanden sich dann zur *Republican Party* zusammen. Der republikanische Kandidat Abraham Lincoln konnte die Präsidentschaftswahlen 1860 gewinnen. Er lehnte die Sezession der Südstaaten ab und wollte sie mit Gewalt zur Rückkehr in die USA zwingen (die Staaten, die sich von den USA lösten, konstituierten sich als *Confederate States of America* – CSA – mit Richmond als Bundeshauptstadt) – damit begann der Bürgerkrieg. Nach dem Sieg des Nordens 1865 wurde über die Südstaaten ein Besatzungsstatut verhängt, das in einigen Staaten bis 1877 (!) andauerte, während dessen den Bewohnern des Südens das Wahlrecht entzogen, die Parlamente aufgelöst, die Gouverneure abgesetzt und stattdessen Militärregierungen (mit diktatorischen Befugnissen) eingesetzt wurden. Damit blieb die *Republican Party* bis in die 1960er Jahre als Partei des Kriegsgegners im Süden isoliert, während die *Democratic Party* dort 100%ige Mehrheiten erzielen konnte. Erst seit den 1970er Jahren wurde der Nord-Süd-Konflikt vom Umverteilungswettbewerb der Parteien abgelöst, so dass sich seitdem auch die *Republicans* im Süden etablieren und sogar mehrheitsfähig werden konnten.

3. 1890 bis heute: Eisenbahnbau, Populismus, New Deal und die Folgen.

Seit den 1870er Jahren wurden wieder im großen Umfang Ländereien an Siedler vergeben – vor allem im Mittleren Westen. Gleichzeitig wurde die Trasse für die interkontinentale Eisenbahnli-

nie verlegt. Da die Landvergabe nicht über den Markt erfolgte, brachte dies wieder Maßnahmen mit sich, die in Korruption und (oftmals) gewaltsamer Umverteilung mündeten, indem die Eisenbahngesellschaften Politiker bestachen, die wiederum die Landbesitzer von ihrem Grund und Boden vertrieben (das sie ja vorher vom Staat erhalten hatten). Durch die Klientelbeziehungen wurden also erneut einzelne Gruppen staatlich begünstigt, was zwangsläufig andere Gruppen auf den Plan rief, die ihrerseits Pfründe einfordern wollten. Die von Ludwig von Mises formulierte „Interventionsspirale“ drehte sich immer schneller und zum Ende des 19. Jahrhundert schlossen sich Agrarier und Arbeiter zur *People's Party* zusammen, die sich selbst allerdings treffenderweise als *Populists* bezeichneten. Sie forderten die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer, Agrarsubventionen sowie die Golddeckung des US-Dollars durch eine inflationäre Silberdeckung bzw. die Ausweitung von Papiergeld zu erweitern. Die *Populisten* machten ihrem Namen alle Ehre und forderten außerdem, die Einwanderung staatlich einzuschränken (um die inländischen Arbeitnehmer vor qualifizierterer ausländischer Konkurrenz zu schützen) sowie dem „Gebahren des Finanzjudentums“ Einhalt zu gebieten. Diese Töne stießen auf breite Resonanz und die *Populisten* konnten in zahlreichen Bundesstaaten die *Democrats* und *Republicans* als stärkste Partei ablösen.

Die beiden etablierten Parteien zogen als Reaktion auf die *populistischen* Wahlerfolge die gleiche Konsequenz wie Bismarck wenige Jahre früher als Reaktion auf das Erscheinen der Sozialdemokratie. Die Forderungen wurden umgesetzt (wobei die *Demokraten* und *Republikaner* mehr Erfolg hatten als Bismarck seinerzeit: Die *Populisten* lösten sich auf und traten den *Demokraten* bzw. *Republikanern* bei). Dieser programmatische Wechsel der *Democrats* und *Republicans* wird unter dem Begriff des „Progressismus“ sinnentlehrt umschrieben. Der bedeutendste Vertreter des Progressismus war der republikanische Präsident Theodore Roosevelt (1900–1908), der unter anderem ein Einwanderungsstopp für asiatische Einwanderer verhängte, eine umfangreiche Kartellgesetzgebung intiierte sowie zur „Sicherung des Außenhandels“ die Außenpolitik in expansivere Bahnen lenkte (Andrew Carnegie gründete aus Protest gegen den



Roosevelt'schen Expansionismus die *Anti-Imperialist League*). 1912 rief Roosevelt sogar eine eigene Partei – die *Progressive Party* – ins Leben, da er die *Republicans* und *Democrats* als nicht interventionistisch genug betrachtete (die Partei war ziemlich erfolgreich. 1912 wurde sie zweitstärkste Partei und schaffte es sogar, zahlreiche Wähler der *Sozialistischen Partei* abzuwerben). Erneut setzte die „Interventionsspirale“ ein und mündete im *New Deal* von Franklin D. Roosevelt (*Demokrat* und Neffe von Theodore Roosevelt); der Wettbewerb zwischen den beiden Parteien konzentrierte sich um den Umfang und den Inhalt staatlicher Interventionismen (so hat vor allem die rigide Schutzzollpolitik der USA die Weltwirtschaft aus dem Gleichgewicht gestoßen und im Zusammenspiel mit der abwechselnden Geld-Aufwertungs- und Geld-Abwertungs-Politik zur Weltwirtschaftskrise nach 1929 geführt. Die danach einsetzende *New Deal*-Reglementierungswut hat dann dazu geführt, dass die USA wesentlich mehr Zeit als alle anderen Länder benötigten, um sich ökonomisch zu erholen). Die Konkurrenz zwischen den *Democrats* und den *Republicans* bestand nun also zusehends darin, immer mehr Interventionismen umzusetzen. So äußerte sich Richard Nixon: „Wir sind alle Keynesianer!“ Auch durch die von Konservativen hochgepriesebenen „*Reaganomics*“ trat keine Veränderung ein – die Staatsquote blieb von 1975 bis 1990 bei konstant 33%. Die Klientelstrukturen fungierten dabei als wirkungsvoller Katalysator, insbesondere durch die während des *New Deal* gegründeten *Political Action Committees* (PACs). Ursprünglich als politischer Arm der Gewerkschaften 1932 ins Leben gerufen, wurden von zahlreichen Interessengruppen PACs gegründet. Die Funktion von PACs besteht darin, Politiker gezielt zu unterstützen, um dann als Gegenleistung bei den politischen Maßnahmen begünstigt zu werden. So erhielt George Bush während des Wahlkampfes 1988 von einem Zementhersteller eine Spende von \$125.000 - und verhängt daraufhin, erstmalig nach 26 Jahren, einen Einfuhrzoll auf Zement.

Es werden dabei die Kandidaten beider großer Parteien unterstützt, damit die Interessen der *Political Action Committees* in jedem Fall gewahrt bleiben – unabhängig vom Wahlausgang.

Constantin Paspaspyratos, geb. 1975, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Kiel, Diplomarbeit über das Parteiensystem der USA (der vorliegende Beitrag ist ein kurzer Auszug der Arbeit). Email: xcp@gmx.net.

4. Schlussbetrachtung: Demokratie braucht Interventionismus, Interventionismus braucht Demokratie

Die *Democrats* und *Republicans* gehen auf eine gemeinsame Wurzel zurück – die 1796 von Thomas Jefferson begründeten *Democratic Republicans*. Die damals geschaffene Klientelstruktur hat sich bis in die Gegenwart weiter entwickelt und dafür gesorgt, dass sich zum Einen lediglich die Nachfolge-Parteien und Spaltprodukte jener *Democratic Republican Party* behaupten konnten und sich keine „dritte“ Partei dauerhaft etablieren konnte, und dass zum Anderen die demokratische Mehrheitsfindung als Instrumentarium zu interventionistischen Umverteilungen genutzt wird. Zahlreiche Liberale wie z.B. Ludwig von Mises, Milton Friedman, Alexander Rüstow usw. haben betont, die Marktwirtschaft könne lediglich durch Demokratien sichergestellt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass bei Mehrheitsentscheiden zwangsläufig der Anreiz besteht, die Mehrheit auf Kosten der Minderheit besserzustellen (die Umverteilung kann sowohl von „oben“ nach „unten“ als auch von „unten“ nach „oben“ erfolgen), muss die Richtigkeit dieser Behauptung angezweifelt werden. Der Philosoph Alexis de Toqueville stellte fest, dass das demokratische Mehrheitsprinzip nur dann funktionsfähig ist, wenn eine weitgehende Gleichheit der Lebensumstände gegeben ist. Diese Darstellung der amerikanischen Parteien zeigt, welche Konsequenzen drohen, wenn diese Gleichheit nicht besteht: Dann führen demokratische Mehrheitsentscheide zu diffusen Umverteilungen (wobei letztlich nicht einmal das Ziel der Umverteilung verwirklicht werden kann, nämlich Gleichmacherei)! Ist das demokratische Mehrheitsprinzip so sehr verabsolutiert, dass es zum Maßstab aller Lebensbereiche erhoben wird, ist jegliche Form von Freiheit der Willkür von Mehrheitsfindungen unterworfen (in Frankreich wurde nach der Franz. Revolution der sog. „Wohlfahrtsausschuss“ eingerichtet, in dem demokratisch abgestimmt wurde, ob jemand geköpft werden soll) – selbst in einem Land, in dem die individuelle Freiheit einen so hohen Stellenwert besitzt wie in den USA. Erste Anzeichen bestehen bereits (Ausgehverbot für Jugendliche in zahlreichen Gemeinden, Verbot von Prostitution...).

eigentümlich frei exklusiv...

Auf, auf zum Markt

von André F. Lichtschlag

(zum lustigen libertären Liederabend)

Auf, auf zum Markt, zum Markt!
Zum Deal bin ich geboren.
Auf, auf zum Markt, zum Markt!
Zum Deal bin ich bereit!
Dem Egoist Stirner,
dem habe ich's geschworen,
der Egoistin Rand
reiche ich die Hand!
Den dreien Herren von,
den habe ich's geschworen,
den beiden Friedmans
reiche ich die Hand!

Es steht ein Mann, ein Mann,
so fest wie eine Eiche.
Er hat gewiss, gewiss
manch' Pleite schon erlebt.
Vielleicht ist er
schon morgen etwas reicher,
wie es so vielen
freien Händlern geht.

Ich fürchte nicht, ja nicht,
der Konkurrenz' Kanonen!
Ich fürchte nur -
den Staatsverfassungsschmutz!
Der Max der stürzt
die Mächt'gen von den Thronen,
die Ayn gibt mir dann
Gold-Dollar in die Hand!

Auf, auf zum Markt, zum Markt!
Zum Deal bin ich geboren.
Auf, auf zum Markt, zum Markt!
Zum Deal bin ich bereit!
Dem Egoist Stirner,
dem habe ich's geschworen,
der Egoistin Rand
reiche ich die Hand!
Dem Benjamin Tucker,
dem habe ich's geschworen,
dem Murray Rothbard
reiche ich die Hand!

(und hier das Original der sozialistischen
Gewalttäter zum Vergleich:)

Auf, auf zum Kampf

Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
Zum Kampf sind wir geboren.
Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
Zum Kampf sind wir bereit!
Dem Karl Liebknecht,
dem haben wir's geschworen,
der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!
Dem Karl Liebknecht,
dem haben wir's geschworen,
der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!

Es steht ein Mann, ein Mann,
so fest wie eine Eiche.
Er hat gewiß, gewiß
schon manchen Sturm erlebt.
Vielleicht ist er schon morgen eine Leiche,
wie es so vielen unsrer Brüder geht.

Wir fürchten nicht, ja nicht,
den Donner der Kanonen!
Wir fürchten nicht, ja nicht, die grüne Polizei!
Den Karl Liebknecht, den haben wir verloren,
die Rosa Luxemburg fiel durch Mörderhand.

Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
Zum Kampf sind wir geboren.
Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
Zum Kampf sind wir bereit!
Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen,
der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!
Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen,
der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!



Der Ursprung des amerikanischen Bürgerkrieges

von Llewellyn H. Rockwell Jr.



Die historische Begebenheit, die im öffentlichen Bewusstsein Amerikas den größten Raum einnimmt, ist der amerikanische Bürgerkrieg. 139 Jahre nachdem der erste Schuss abgefeuert wurde, werden seine Ursachen immer noch heftig diskutiert und seine Symbole verehrt oder bekämpft, sich gegen sie aufbegehrt. Kein Wunder: Das Ereignis transformierte das amerikanische Regime von einem föderalistischen System, das auf Freiwilligkeit und Freiheit basierte, zu einem Zentralstaat, der die Freiheit im Namen der öffentlichen Ordnung begrenzte. Das sintflutartige Ereignis massakrierte eine Generation junger Männer, verwüstete die Südstaaten und plünderte sie aus, setzte einen Präzedenzfall für die Diktatur der Exekutive und verwandelte das amerikanische Militär von einem Verteidigungscorps der Bürger in eine globale militärische Macht, die sich unentwegter Interventionen nicht enthalten kann.

Wenn man indessen den Medien Gehör schenkt, könnte man zu der Annahme kommen, dass sich der Grund für den Bürgerkrieg völlig auf die Themen „Rasse“ und „Sklaverei“ reduzieren lässt. Wenn Sie die Symbole der Konföderation bevorzugen, so sind Sie eine weißhäutige Person, die der Not der Schwarzen in Amerika mitleidlos gegenübersteht. Wenn Sie hingegen die Abschaffung des „Confederate History Month“ fordern und die Südstaaten-Flagge niederreißen wollen, sind Sie ein aufgeklärter Denker, der die Vergangenheit hinter sich zu lassen bereit ist, um in eine leuchtende Zukunft unter fortschrittlicher Führung aufzubrechen. Die Debatte verharrt zumeist im Bereich solch primitiver Schlagworte.

Dabei ist diese Interpretation des Bürgerkrieges ausgesprochen unhistorisch. Sie öffnet naiv die Kriegspropaganda der Nordstaaten nach, ohne die triftigen rechtlichen, moralischen und wirtschaftlichen Gründe in Betracht zu zie-

hen, die der Süden für die Sezession beanspruchen konnte und die nichts mit der Sklaverei zu tun hatten. Selbst die Bezeichnung „Bürgerkrieg“ ist irreführend, da es sich bei diesem Krieg mitnichten um zwei Parteien handelte, die um die zentrale Macht kämpften, wie beispielsweise in den Bürgerkrieg Großbritanniens oder Roms. Stattdessen versuchten die Südstaaten eine friedliche Sezession von der Zentralmacht, ein Begehren, das sich von dem ursprünglichen Ersuchen Amerikas um Unabhängigkeit von Großbritannien nicht unterschied.

Aber warum wollte der Süden sich abspalten? Hätten die ursprünglichen amerikanischen Ideale von Föderalismus und Verfassungsmäßigkeit bis 1860 überlebt, so wäre dies überflüssig gewesen. Aber ein Thema bedrohte den Süden mehr in jenem Jahr als in jedem anderen der vorausgegangenen drei Jahrzehnte: Die Schutzzölle der Nordstaaten. Sie waren eingeführt worden, um die industriellen Sonderinteressen des Nordens zu befriedigen, indem die Produktion durch öffentliche „Arbeitsplatzbeschaffung“ bezuschusst wurde. Aber sie hatten den Effekt, dass der Süden mehr für Produktionsgüter bezahlen musste, und dass er unmäßig besteuert wurde, um die zentrale Regierung auszuhalten. Sie verletzten überdies die Handelsinteressen des Südens mit anderen Teilen der Welt.

Letztlich wurde der Süden ausgeplündert, um für die frühe Version einer „Industriepolitik“ des Nordens zu bezahlen. Die Schlacht um die Zölle begann 1828 mit dem „Zoll des Abscheus“. 30 Jahre später, als der Süden 87 Prozent der Zolleinnahmen der Regierung bezahlte, während sein Lebensstandard durch die protektionistische Gesetzgebung bedroht wurde, war es unmöglich für die beiden Regionen geworden, vom selben Regime geführt zu werden. Dem Süden als Region wurde der Status des Sklaven zugewiesen, während der Nor-

den als sein Meister fungierte.

Doch warum 1860? Lincoln hatte versprochen, sich in die Sklaverei nicht einzumischen, während er schwor, „die Zölle und Abgaben einzutreiben“: Er war der erste Fürsprecher der Politik der Zölle und öffentlichen Maßnahmen, weshalb seine Wahl den Süden zur Sezession bewog. In der Pro-Lincoln-Presse wurde die Floskel „freier Handel“ zum Synonym industriellen Selbstmordes. Warum wurde Ft. Sumter beschossen? Es war ein Zollhaus - und als der Norden sich der Sache annahm, es auszubauen, wusste der Süden, dass es sein Zweck war, Steuern einzutreiben, wie Politiker und Zeitungen damals erkannten.

Um die Sache des Südens zu verstehen genügt es, einen Blick auf die Verfassung der Konföderation zu werfen. Sie ist ein Duplikat der ursprünglichen Verfassung, allerdings mit mehreren Verbesserungen. Sie garantiert freien Handel, beschränkt die gesetzgeberische Macht in entscheidender Weise, hebt einige öffentlichen Aufgaben auf und versucht, die Exekutive zu zügeln. Es sei zugestanden, dass sie die Sklaverei nicht abschaffte, allerdings hatte dieses auch die ursprüngliche Verfassung nicht getan. Diese hatte sogar die Eigentumsrechte an Sklaven verbrieft.

Vor dem Kriege hatte Lincoln persönlich gelobt, die Sklaverei zu erhalten, die Gesetze gegen flüchtige Sklaven anzuwenden und die Sklaverei auf ewig dort zu institutionalisieren, wo sie existierte. Er hob nicht einen Finger, um die „Anti-Neger-Gesetze“ abzuschaffen, die den gesamten Norden, insbesondere Illinois, prägten. Man beachte, dass die „Bahn des Untergrundes“ nicht etwa in New York oder Boston endete - denn dort wäre es gesetzwidrig gewesen, die Schwarzen abzuladen -, sondern in Kanada! Die Verfassung der Konföderation ermöglichte hingegen die



schrittweise Abschaffung der Sklaverei, ein Prozeß, der sich einfacher gestaltet hätte, hätte der Norden die Bewegungsfreiheit früherer Sklaven nicht so drastisch eingeschränkt.

Zugegebenermaßen werden Sie diese Version der damaligen Vorgänge in keinem konventionellen Geschichtstext lesen, insbesondere nicht in solchen, die zur Verwendung in öffentlichen Schulen freigegeben sind. Sie werden ebenso wahrscheinlich nichts davon in einer Universitätsvorlesung hören, wo der solitäre Aspekt der Sklaverei kritisches Denken völlig erstickt. Ein ums andere Mal wird uns anstatt der Wahrheit das vorgetragen, was Polybius „ein leeres, wertloses Märchen“ nannte - und es wird erwartet, dass wir es kritiklos schlucken. Wohin kann man sich wenden, um herauszufinden, dass die gewöhnliche Lesart barer Unsinn ist?

Die vergangenen zehn Jahre haben uns eine Menge großartiger Bücher gebracht, die unter die Oberfläche gehen. Es gibt John Densons „The Costs of War“ (1998), Jeffrey Rodgers Hummels „Emancipating Slaves, Enslaving Free Men“ (1996), David Gordons „Secession, State, and Liberty“ (1998), Marshall de Rosas „The Confederate Constitution“ (1991) oder, von einem konventionelleren Standpunkt aus, James und Walter Kennedys „Was Jefferson Davis Right?“ (1998).

Wenn wir hingegen ein Buch empfehlen müssten, beruhend auf Originalität, Konzision, Tiefe, und schierer rhetorischer Stärke, so wäre es Charles Adams' „When in the Course of Human Events: Arguing the Case for Southern Secession (Rowman & Littlefield, 2000), eine wahre Zeitbombe von einem Buch. Auf nur 242 Seiten demonstriert er, dass praktisch alles, was wir über den Krieg zwischen den Staaten zu wissen glaubten, falsch ist.

Adams glaubt, dass sowohl die Führer der Nordstaaten als auch jene der Südstaaten logen, als sie die Sklaverei als Grund für die Sezession und den Krieg anführten. Die Nordstaaten suchten einen moralischen Grund für ihren Aggressionskrieg, während die südlichen Anführer eine Gefahr zur Rechtfertigung der Unabhängigkeit suchten, der greifbarer war als die Zölle des Nordens. Es

handelte sich um Rhetorik, mit der die Massen gefüttert wurden. Adams hat eine erstaunliche Fülle von Beweismaterial aufgeföhren - einschließlich bemerkenswerter Zeitungskarikaturen und politischer Reden -, die seine These belegen, dass dieser Krieg tatsächlich von Regierungseinkünften handelte.

Schauen wir uns diesen kleinen Ausschnitt aus der Lincoln-freundlichen New York Evening Post vom 2. März 1861 an: „Dass sowohl die Zolleinnahmen in den Häfen der Rebellenstaaten eingenommen werden müssen und der Hafen für Importe von außerhalb zu schließen ist, ist allgemein anerkannt. Wenn keine der beiden Optionen verfolgt wird, sind unsere Gesetze über die Staatseinnahmen faktisch abgeschafft; die Quellen, die unseren Staatsschatz speisen, werden versiegen; wir werden kein Geld mehr haben, um unsere Regierung zu erhalten und die Nation wird bankrott sein, noch bevor das erste Maiskorn gereift ist. Es wird nichts mehr geben, um für den Erhalt des Militärs zu sorgen; nichts, um unsere Seemacht schwimmend zu halten; nichts, um für den Lohn unserer öffentlichen Amtsträger zu sorgen; die gegenwärtige Ordnung wird versiegen. Was wird dann für unsere Regierung übrigbleiben? Sollen wir es den sezedierenden Staaten erlauben, die Gesetze der gesamten Union auf diese Weise umzustürzen? Oder wird sich die Regierung dafür entscheiden zumindest zu überprüfen, in der Fremdware, die für Häfen ohne Zollämter bestimmt ist, Schmuggelware zu erblicken und sie zu stoppen, wenn sie in jene staatlichen Gebiete eingebracht werden sollen, aus denen unsere Amtsträger hinausgeworfen wurden?“

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Britische Zeitungen, ob sie nun mit dem Norden oder dem Süden sympathisierten, sagten das Selbe: Der Staat fiel in den Süden ein, um Steuern einzutreiben. Als Marx das Folgende sagte, hielt er lediglich fest, was jeder wusste, der sich damals mit den Begebenheiten



Bild: Flagge der Freiheit?

beschäftigte: „Der Krieg zwischen dem Norden und dem Süden ist ein Zollkrieg. Darüber hinaus steht kein Prinzip hinter ihm, er berührt nicht einmal die Frage der Sklaverei, sondern er dreht sich um die Machtgier des Nordens.“

Marx täuschte sich lediglich in einer Sache: Der Krieg war durchaus in einem Punkt von Prinzipien geleitet. Es war das Prinzip der Selbstbestimmung und des Rechtes, nicht zur Alimentierung eines fremden Regimes gezwungen zu sein. Anders gesagt: Dieser Krieg war ein Krieg für die Freiheit - und der Süden stand auf der Seite der ursprünglichen amerikanischen Revolutionäre.

Ist es nicht interessant, dass Jene, die sich heute für das Verbot der Symbole der Konföderation einsetzen und die weiterhin die Geschichte eines ganzen Volkes verteufeln, die Selben sind, die sich in allen heutigen politischen Kämpfen als Hofschranzen des heutigen Regimes aufföhren? Nicht viel hat sich in den 139 Jahren geändert.

Adams' Buch ist ein Markstein auf dem Wege zur Wahrheit über den „Bürgerkrieg“, ein Buch für jene, die sich der Mühsal unterziehen möchten, die Fakten zu erfahren.

Übersetzung für ef aus dem Englischen von Jens P. Meiners.

Llewellyn H. Rockwell Jr. ist Präsident des Ludwig von Mises Institutes in Auburn, Alabama. Er gibt zudem eine täglich aktualisierte Website, www.LewRockwell.com, heraus.



Justiz-Schnüffelei jetzt auch im High-Tech-Bereich

Über die Konsequenzen eines Software-Kulturkampfes in den USA von heute

von Virginia Postrel



Am 5. November 1999 verfasste der Bundesrichter Thomas Penfield Jackson eine High-Tech-Version des Starr-Reports: den Bericht im Kartell-Fall gegen Microsoft. Es handelt sich dabei um ein genau so ärgerliches und in seiner Spezifität gespenstisches Dokument wie im Fall des Berichtes von Kenneth Starr gegen Bill Clinton. Und es ist ebenfalls das Produkt eines Kulturkampfes.

Graswurzel-Techies - die vielleicht unerforschtste Personengruppe überhaupt, die Cumpster-Codes schreibt und Start-Up-Unternehmen gründet, ohne zunächst Schlagzeilen zu schreiben - hassen, verabscheuen und verachten Microsoft. Auf Technologie-Konferenzen wird Microsoft regelrecht verteufelt und regelmäßig ausgelacht. Die Produkte sind die Lacher und die Geschäftspraktiken das Böse schlechthin.

„Die Qualität der Microsoft-Software ist furchtbar schlecht und wird zunehmend schlechter“, sagt etwa ein früherer Microsoft-Programmierer, der nun im Silicon Valley für ein Start-Up-Unternehmen arbeitet. „Wenn Du auf einer Microsoft-Plattform entwickelst, so wird es das geteerte und gefederte Vieh eines schlechten Computer-Codes. Es ist demoralisierend, mit so etwas zu arbeiten.“ Dieser Entwickler will nicht, dass die Regierung sich ins Software-Geschäft einmischt. Aber er sagt: „Microsoft sind die verdammten Nazis der freien Märkte“.

Natürlich hat Microsoft auch Unterstützer. Diese behaupten, dass die Sicht der Fachleute bezüglich Qualität jene von Fachidioten sei. Programmierer würden nicht die selben Dinge bevorzugen wie Konsumenten. „Es wurmt sie, dass der Markt Dinge bevorzugt - eine Standard-Plattform für Applikationen, Kompatibilität auch rückwärts, geringe Kosten, leichte Installierung, Produktbündel -, die dem entgegenstehen, was diese Leute als technisch hervorragend ansehen und anstreben“, sagt ein ande-

rer Programmierer, der regelmäßig gegenüber Kollegen den Erfolg von Microsoft verteidigt.

Ein breiterer Blick auf die Qualität zeigt zum Beispiel, dass Microsoft seine Dominanz im Bereich der Betriebssysteme vor allem dem Umstand verdankt, dass Windows-Programme auf relativ preisgünstigen Computern arbeiten, dank der starken Konkurrenz zwischen Unternehmen, die Intel-Mikroprozessoren benutzen (siehe dazu „Creative Insecurity“, Januar 1998, zusammen mit anderem Microsoft-bezogenen Material zu finden unter www.reason.com/microsoft99.html). Verglichen mit dem Macintosh-Paket und dessen märchenhaften Profitraten von 50 Prozent bietet die Wintel-Kombination den Konsumenten ein echtes, wenn auch technologisch etwas weniger elegantes, Schnäppchen. Als Anbieter eines Standardes machte Microsoft den Siegeszug der Personal-Computer und den aller daraus folgenden Hilfstechiken überhaupt erst möglich.

Dieser Kulturkampf ist ein besonders brutaler Bürgerkrieg zwischen Menschen, die sich um technologische Kreativität und um Fortschritt bemühen. Beide Seiten behaupten, dass sie sich um die Gewährleistung von „Innovation“ sorgen.

Für die Gegner von Microsoft bedeutet dies zu verhindern, dass das Unternehmen Windows-Lizenzen gegen neue Konkurrenten oder gegen möglicherweise Profit vermindernende neue Ideen einsetzt. „Microsoft hat gezeigt, dass es seine Vormachtstellung im Wettbewerb und seine immensen Profite benutzt, um jeder anderen Firma zu schaden, die Innovationen zur Intensivierung des Wettbewerbs gegenüber Microsofts Schlüsseldprodukte verheißen könnten“, stellt Richter Jackson fest. „Der Erfolg von Microsoft in der Vergangenheit begründet sich darauf, solchen Unternehmen geschadet zu ha-

ben, deren Innovations- und Investitionspotenzial Microsoft hätte gefährlich werden können.“

Microsoft dagegen argumentiert, dass es nicht mehr innovativ tätig sein kann, wenn es die staatliche Erlaubnis für jede Windows-Applikationen beantragen muss. Die Definition eines „Betriebssystems“ ist gerade daran gebunden, stets unmittelbar auf die Kunden-Nachfrage und auf technologische Möglichkeiten einzugehen. Microsoft will nun nicht zu einer an die Justiz gefesselten Bürokratie mutieren, wie einst IBM in den Gründerjahren von Microsoft.

Das Problem von Kartellgesetzen zum Schutz von Innovation ist, dass die Gerichte mit statischem Blick auf dynamische Marktprozesse starren. So vermisst Jackson potenzielle Wettbewerber von Microsoft, egal wie vielversprechend sie auch sind, nur weil sie im Augenblick nicht signifikant erscheinen.

Nachdem also jetzt die Technologie-Gemeinde ihren Starr-Report hat, werden die Konsequenzen eines mit staatlichen Gesetzen ausgefochtenen Kulturkampfes im Silicon Valley sichtbar. Wenn Microsoft nicht gegen das Justiz-Ministerium und gegen 19 ambitionierte Staatsanwälte gewinnen sollte, so wird der Richter Strafen verhängen. Er wird die Softwarebranche dann gehörig verändern und de facto ein „Bundesministerium für Microsoft“ erschaffen. Dieses wird nicht geführt werden von genialen Programmierern, sondern von Juristen mit ständigem Bedacht auf Ordentlichkeit, Rechtschaffenheit - und Langsamkeit. Die Zivilgerichte werden weitere Prozesse beginnen und dabei die Urteilsfindung der Richter als Beweis des entstandenen Schadens heranziehen. Und die Generalstaatsanwälte werden nach neuen Zielen in der High-Tech-Branche Ausschau halten.

„So sehr das Silicon Valley sich freuen



würde, Microsoft am Boden zu sehen, so ambivalent sieht es eine Einmischung durch Washington", erzählte der Futurist Paul Saffo aus Palo Alto der Wahington Post eine Woche vor Prozessbeginn. „Wenn Washington nicht mit einer Präsidenten-Affäre umgehen kann, dann garantiere ich dafür, dass sie auch nicht mit Technologie umgehen können.“

Die High-Tech-Freaks würden es begrüßen, wenn nun das Selbe passieren würde wie bei der Affäre von Bill Clinton: eine hoch amtliche Feststellung, dass Microsoft böse, böse, böse ist, allerdings ohne rechtliche Konsequenzen, welche die heutige enorme Prosperität und Zukunftschancen beeinträchtigen könnten.

So wie es die Republikaner während des Amtsenthebungsverfahrens lernen mussten, untergräbt ein Kulturkampf die Macht des Staates, die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Eine Umfrage des Gallup-Institutes, die vom 4. bis 8. November 1999 durchgeführt wurde - also zu jener Zeit des Berichtes durch das Gericht -, ermittelte, dass 68 Prozent der Amerikaner eine hohe Meinung von Bill Gates haben, verglichen mit 19 Prozent, denen er unvorteilhaft erscheint. 45 Prozent sagen, dass sie beim Gerichtsverfahren fest an der Seite von Microsoft stehen und 54 Prozent sind gegen die staatliche Zwangsaufspaltung des Unternehmens.

Diese Befragten sind weder Technik-Freaks noch Kartellrichter. Sie sehen lediglich eine erfolgreiche Firma und einen unternehmerischen Hero unter Beschuss. So wie bei Bill Clinton zeigen sie sich unbeeinflusst durch Videoaufnahmen, die Bill Gates wie einen dreckigen Lügner aussehen lassen.

Ein kulturell tief verwurzeltes Misstrauen motiviert diese Menschen, die Welt ohne staatliche Hilfe verändern zu wollen. Noch vor wenigen Jahren hatte die Technologiegemeinde Angst, dass Microsoft all den Spaß und die Abenteuerlust aus dem High-Tech-Spiel verbannen könnte. Die Menschen fürchteten sich davor, dass Microsoft die wundervolle Vielfalt und Offenheit des

Internets durch geschlossene Standards und endlose mediokre Produkte zerstören könnte.

Aber die Web-Seiten haben Microsoft-Standards nicht adoptiert. Sie haben keine anderen Produkte ausgeschlossen. Selbst Richter Jackson gibt dies zu. Der Kauf von Netscape durch AOL, dem größten Internet-Service-Provider, reduziert diese Risiken weiter. Wie Jackson selbst bemerkt: „AOL hatte ein eigenes Interesse daran, den Netscape-Navigator am Leben zu erhalten, um sicher zu stellen, dass Microsoft nicht die totale Kontrolle über Internet-Standards gewinnen könnte.“

Inzwischen ist das Internet auch zu einem wichtigen Vertriebsweg für neue Applikationssoftware geworden, was weiter den Einfluss Microsofts vermindert. An Stelle von Software, die in einer Box geliefert wird und auf Windows basierten Computern arbeitet, verkaufen Unternehmen heute Software als spezialisierten, Web-orientierten Service. Microsoft „kontrolliert“ immer noch den Desktop-Bereich und beeinflusst den PC-Handel. Aber die Auswirkungen dieser Kontrolle auf den Konsumenten vermindern sich ständig.

Es wird sehr viel Geld in das Softwaregeschäft investiert, mit hohen Renditen in Start-Up-Unternehmen. Nach Zahlen von PricewaterhouseCoopers wurden im zweiten Quartal 1999 2,1 Milliarden Dollar Unternehmens-Kapital in Software und Information investiert, das sind 28 Prozent aller Investitionen.

Inzwischen sinken die Hardware-Preise stark. Für Desktop-Computer bedeutet dies, dass die Kosten für Microsoft-Lizenzen einen immer höheren Anteil ausmachen, was deren Erfolgchancen nicht eben erhöht. Traditionelle PCs erfahren inzwischen Konkurrenz durch Produkte wie Palm Pilots und von Online-Servern und Computer-Netzwerken. Microsofts Windows CE hat sich nicht sehr gut auf dem Spezialitätenmarkt behauptet und dessen Windows NT erfährt starke Konkurrenz bei den Server-Kunden.

Unter diesen Wettbewerbern ist das Bil-

ligste und Interessanteste sicherlich Linux, das „Open Source“-Betriebssystem, welches kostenfrei durch weltweit arbeitende Hacker entwickelt wurde. Dieses System hat ein Drittel des Server-Marktes erobert, beinahe so viel wie Windows NT, bei steigendem Anteil. Die Firma Red Hat Inc., die eine Linux-Version für weniger als 50 Dollar anbietet, ging im August 1999 an die Börse und sammelte dort 83 Millionen Dollar. Am Eröffnungstag schoss die Marktkapitalisierung des Unternehmens auf 3,4 Milliarden Dollar empor. Heute ist Linux ein einflussreiches Server-Betriebssystem - entgegen des richterlich-statischen Blickes auf die Welt. Aber es gewinnt erst sehr langsam einen Fuß breit in den Desktop-Markt.

Linux ist inzwischen eine starke Waffe im Kampf gegen Microsoft geworden. Grundlegend ist dabei eine „quasi-politische Frage“, wie es Linux-Evangelist Eric Raymond beschreibt: „Wird die Internet-Kultur ein Einzelanbieter-Monopol auf kritische Infrastruktur tolerieren oder nicht?“ Und die Antwort scheint zu lauten: Nein.

Nach populärer Ansicht interpretiert das Internet Zensur als Schaden - und lässt sich diese nicht bieten. Ständige Innovationen werden diesbezügliche Politikversuche austricksen, so das Argument, da sich clevere Programmierer Kontrolle nicht bieten lassen. Das mag im Falle der Zensurbestrebungen so zutreffen oder nicht - Cyber-Utopisten unterschätzen leicht die physischen Terrormöglichkeiten von Polizeistaaten -, aber im Fall gegen die Microsoft-Dominanz stimmt es wohl eher.

Das Motiv der Profitmaximierung ist sehr groß im Silicon Valley - und somit das Bestreben, den bösen Jungs aus Raymond eins auszuwischen.

Es ist nur zu schade, dass sich dabei jetzt die Richter einmischen.

Übersetzung aus dem Englischen für ef von André F. Lichtschlag.

Reprinted, with permission, from the January 2000 issue of REASON Magazine. Copyright 2000 by the Reason Foundation, 3415 S. Sepulveda Blvd, Suite 400, Los Angeles, CA 90034. www.reason.com.

Virginia Postrel war Chefredakteurin und Herausgeberin des Reason-Magazins von 1989 bis Januar 2000. Zuletzt erschien von ihr das Buch „The Future and Its Enemies: The Growing Conflict Over Creativity Enterprise and Progress“ (The Free Press, December 1998). Sie schreibt auch regelmäßig u.a. für die New York Times, das Wall Street Journal, die Washington Post, Forbes und Wired. Sie ist eine beliebte Rednerin, unter anderem bei der Mont Pelerin Society. Sie graduierte mit Auszeichnung bei der Princeton Universität in Englisch. Sie ist verheiratet und lebt in Los Angeles.



Libertärer Anarchismus ist instabil und unerreichbar

von Alexander Dilger



Dieser Beitrag ist eine Erwiderung auf den Artikel „Grenzkosten und Nutzengewinn der Entstaatlichung“ von André F. Lichtschlag in ef Nr. 10, seinerseits eine Antwort auf meinen Artikel „Der Staat als Räuberband: Und was das für die Freiheit bedeutet“ in ef Nr. 9.

André F. Lichtschlag stellt mir in dieser seiner Zeitschrift nicht nur viel Raum für von der reinen libertären Lehre abweichende Gedanken zur Verfügung, sondern setzt sich mit diesen auch noch inhaltlich auseinander. Dies finde ich dankens- und bewundernswert, wobei ich Dank und Bewunderung am besten durch die Formulierung neuer kritischer Gedanken auszudrücken vermag. Bei aller Kritik in der Sache hoffe ich deshalb vor allem, dass dieser Zeitschrift und Lichtschlags Eintreten für die Freiheit ein langanhaltender und großer Erfolg beschieden sein mögen!

In seinem Artikel verquickt Lichtschlag zwei Themen. Auf der einen Seite kritisiert er die Argumentation meines Artikels, dass der libertäre Anarchismus instabil wäre, selbst wenn er einmal bestünde. Auf der anderen Seite behauptet er, dass der libertäre Anarchismus ein auch bei realistischer Einschätzung mittelfristig durchaus erreichbares Ziel wäre.

Diese zweite Behauptung ist natürlich viel stärker. Sie erscheint mir so offenkundig falsch, dass es schwer fällt, dagegen noch Argumente zu äußern. An welche Vernunft kann man appellieren, wenn jemand an das Jüngste Gericht, den Sieg des Kommunismus oder eben den realen Erfolg des Libertarianismus glaubt?

Zugegeben, diese Dinge sind nicht logisch unmöglich. Aber was spricht für sie, von der blanken Möglichkeit abgesehen? Wie viele überzeugte Libertäre gibt es in Deutschland? Warum sollten sich die Massen ausgerechnet für dieses Gedankensystem begeistern?

Gerade weil Lichtschlag naturrechtlichen Positionen eine Absage erteilt, kann er keine höhere Wahrheit für den Libertarianismus beanspruchen, die die Menschen nur erst noch entdecken müssten. Er muss auf die voluntaristische Entscheidung von Millionen Individuen hoffen. Doch von diesen interessieren sich die Meisten nicht besonders für Politik. Wer es doch tut, denkt meistens in den vorhandenen Kategorien bzw. wählt aus dem Angebot der aktuell großen Parteien. Die Wenigen, die ganz grundsätzlich über Politik nachzudenken bereit sind, verteilen ihre Sympathien über eine Vielzahl politischer Positionen.

Warum ist Lichtschlag dann der Ansicht, dass die Libertären die Macht erringen würden? Dazu finden sich in Lichtschlags Artikel zwei halbwegs passende Sätze: „Jedenfalls gilt es für die Libertären möglichst überzeugend offenzulegen, welche höheren Nutzen den Kosten der eigenen Optionsbeschneidung gegenüber stehen.“ „Denn wenn eine solche Umgebung mir wirklich von Nutzen ist, in der weitgehend libertäre Auffassungen mächtig sind, dann werde ich sicherlich gerne bereits ein, bis zu den Grenzkosten auch dafür zu arbeiten.“

Lichtschlag ist also wohl der Auffassung, dass der libertäre Anarchismus allen oder doch den meisten Menschen mehr nutzt als der gegenwärtige Zustand und dass sie ihn deshalb aus ihrem eigenen Interesse heraus anstreben sollten. Dies erscheint aus mindestens vier Gründen fraglich. Erstens setzt es voraus, dass der libertäre Anarchismus überhaupt funktioniert, was weiter unten erneut problematisiert werden soll.

Zweitens unterstellt es, dass es keine andere Utopie gibt, die den Menschen noch mehr nutzt. Libertarianismus ist aber gerade kein Utilitarismus. Er ist über die Freiheit, nicht das Glück oder

Interesse der Menschen definiert. Eine Identität der größten Freiheit mit dem größten Glück wäre jedoch bestenfalls zufällig zu erwarten.

Drittens ist nicht einmal klar, warum die Mehrheit der Menschen die libertäre Anarchie auch nur dem gegenwärtigen Staat vorziehen sollte. Staatliche Umverteilungsmaßnahmen beispielsweise haben nicht nur Opfer, sondern auch Nutznießer. Eine demokratisch gewählte Regierung wird versuchen, die Mehrheit der Wähler zu Gewinnern ihrer Politik zu machen.

Viertens liegt ein schwerer Fehlschluss darin, aus der Möglichkeit einer kollektiven Verbesserung ein individuelles Veränderungsinteresse abzuleiten. Selbst wenn alle von der Einführung der libertären Anarchie profitieren würden, hätten doch die Kosten der Veränderung Einzelne zu tragen. Warum soll ich diese Kosten auf mich nehmen, wenn andere es ebenso gut tun können? Wenn jeder so denkt, wird zwar die insgesamt vorteilhafte Veränderung unterbleiben, aber dann hätte eine einsame Kostenübernahme auch nichts genutzt. Dieses in vielen Bereichen auftretende Problem ist in der Ökonomie als Kollektivgutproblem bekannt, scheint aber unter den libertären Denkern nicht hinreichend beachtet zu werden. Deshalb war z. B. auch *ef Nr. 8* recht enttäuschend, weil die schwerpunktmäßig zu behandelnden Umweltprobleme nicht behandelt, sondern ihre Existenz einfach geleugnet wurde. Entsprechend wäre nicht nur die Abschaffung des Staates ein Kollektivgutproblem, sondern danach müssten zahlreiche weitere Kollektivgutprobleme, etwa im Umweltbereich, ganz ohne Staat gelöst werden.

Damit komme ich auf das erste Thema von Lichtschlags Artikel zurück, welches auch Gegenstand meines ursprünglichen Artikels war. Ich hatte behauptet, dass eine bestehende libertäre



Anarchie instabil wäre, also aufhören würde, libertär und anarchisch zu sein. Lichtschlag meint dazu: „Dies alles lässt sich zusammenfassen mit der schmerzhaften und doch banalen Erkenntnis, dass ohne ausreichend viele, starke und prinzipientreue Libertäre kein Libertarianismus zu erhalten ist (so wie ohne ausreichend viele, starke und prinzipientreue Demokraten keine Demokratie aufrecht erhalten werden kann).“ Der Vergleich hinkt bzw. zeigt, dass ich meinen eigentlichen Punkt leider nicht vermitteln konnte. Natürlich müssen die Vertreter jeder herrschenden politischen Lehre hinreichend stark sein, damit ihre Lehre tatsächlich herrschen kann. Doch es gibt nun Lehren, die aufgrund ihrer Inhalte bzw. Logik nicht bei der Herrschaft praktikierbar sind. Dies gilt z. B. für den Pazifismus oder die Lehren Jesu bei einem wörtlichen Verständnis. Eine ganz andere Sache ist es natürlich, dass die Herrschenden solche Ansichten im Munde führen und gleichzeitig ganz andere Methoden praktizieren können. So könnte man sich auch eine totalitäre Gesellschaft vorstellen, in der stets alle die individuelle Freiheit lobpreisen müssen. Das ist aber ganz sicher nicht Lichtschlags Ideal.

Demokratie kann an mangelnden demokratischen Überzeugungen scheitern, hat aber auch Möglichkeiten zur Stabilisierung. So könnte die Mehrheit der Demokraten z. B. beschließen, sich selbst zu begünstigen oder undemokratische Parteien von Wahlen auszuschließen. Libertäre hingegen können keine Machtmittel gegen Nichtlibertäre zur Anwendung bringen, zumindest solange diese keine Gewalt an-

wenden. Das heißt aber, dass die Gegner der libertären Gesellschaft sich in dieser ideologisch und waffentechnisch hochrüsten können, bis sie irgendwann doch mächtiger als die Libertären geworden sind. Hinzu kommt das Kollektivgutproblem der Aufrechterhaltung der libertären Ordnung. Denn im Gegensatz zu Demokraten können Libertäre sich nicht gegenseitig in die Pflicht nehmen, ihre Gesellschaftsordnung zu schützen oder auch nur gegen einzelne Rechtsverstöße vorzugehen. Des-

halb wäre auch die einmal erreichte libertäre Anarchie in sich instabil.

Aus den vorher genannten Gründen ist sie jedoch ohnehin nicht erreichbar.

Alexander Dilger, Dr., geb. 1968, Volkswirt mit den folgenden Hobbys: Inline-Skating, Internet, Marathon, Philosophie, Politik, Reisen, Schach, Schwimmen.

Anzeige

JUNGBLUTH
Ihr Holz-Fachhaus in Neuss

Parkett

Türen

Paneele

Laminat

Plattenzuschnitt

Holz im Garten

Gartenmöbel

JUNGBLUTH
Ihr Holz-Fachhaus in Neuss

41462 Neuss . Normannenstraße 8-16 . Telefon 02131/56 08 00 . Telefax 02131/56 08 88



Max Stirner - Pate von *eigentümlich frei*?

von Bernd A. Laska



Lässt man die Inhalte der zehn bisher erschienenen Hefte von eigentümlich frei Revue passieren, so fällt auf, dass in fast jeder Nummer ein Bezug zu Max Stirner (1806-1856), dem Autor des mehr als 150 Jahre alten Buches „Der Einzige und sein Eigentum“ (1845), zu finden ist: manchmal kurze Erwähnungen oder Hinweise, etwa auf das Leipziger Max-Stirner-Archiv, in immerhin der Hälfte aller Fälle, also in fünf Hefen, jedoch ein längerer Text.

In Heft 3 (S. 98-99) liefert Dirk van den Boom eine ausführliche Besprechung der drei bis dahin erschienenen Bände meiner „Stirner-Studien“. In Heft 6 (S. 210-213) stellt Ulrich Wille in der Artikelreihe „Denker der Freiheit“ Max Stirner als den „Philosophen des Egoismus“ vor. Im Editorial hebt der Herausgeber André F. Lichtschlag — im Nachgang zu der Debatte „Naturrecht und/oder Liberalismus“ in den vorausgehenden Heften 4 und 5 — hervor, dass er Stirner zu jenen Denkern rechnet, die sich „dezidiert eben nicht auf ein vermeintliches Naturrecht berufen“, und positioniert Stirner somit auch hier. Halil Ibrahim Türkdogan untersucht in Heft 7 (S. 238-241) Sartres Existentialismus „aus der Sicht des Stirnerschen Denkens“. Heft 9 trägt wiederum, wie Heft 6, den Namen Stirner auf der Titelseite und bringt auf den Seiten 318-324 ein von Lichtschlag „moderiertes“ Streitgespräch zwischen Kurt Fleming, der die Zeitschrift des Max-Stirner-Archivs, „Der Einzige“, herausgibt, und Uwe Timm, einem Mitherausgeber der in der Tradition der Mackay-Gesellschaft stehenden Zeitschrift „Es-pero“. Titel: „Macht Stirner angst oder einsam oder frei?“ Schließlich bringt Heft 10 (S. 356-363) eine Studie von Wendy McElroy über Benjamin Tucker, seine Zeitschrift „Liberty“ und den Individualanarchismus, in der (bzw. dem) Stirner eine entscheidende Rolle (übrigens damals schon im Streit um das „Naturrecht“) spielt.

An der Häufigkeit der Thematisierung

und der Anzahl der bedruckten Seiten gemessen, liegt Stirner in *ef* weit vor den Denkern, die man in einer Zeitschrift, die sich programmatisch den „grossen freiheitlichen Traditionen des Liberalismus, des Anarchismus und des Kapitalismus“ verpflichtet sieht (Editorial Heft 1), eigentlich erwartet. Dies ist um so erstaunlicher, als jene Denker — also Ludwig von Mises, Murray Rothbard, Ayn Rand, David Friedman u.a. — es viel nötiger haben als Stirner, hierzulande bekannt gemacht zu werden. Erstaunlich ist auch, dass keiner der Autoren den sonst weithin verfemten Stirner ernstlich kritisiert oder gar ablehnt.

Sollten die deutschen Ultra-Liberalen und Libertarier („Libertarians“), die Laissez-faire- und Anarcho-Kapitalisten, die *ef* als „Marktplatz für Liberalismus, Anarchismus und Kapitalismus“ wesentlich tragen, Stirner in die Reihe ihrer Vordenker aufgenommen haben? Das wäre in der Tat ein Novum, denn in einem scheinen die genannten, sonst durchaus nicht einigen maßgeblichen Theoretiker der verschiedenen Ultra-Liberalismen überein zu stimmen: in der Unkenntnis, Geringschätzung oder Ablehnung Stirners.

Der Grund für die einhellig negative Haltung der Freiheitsdenker gegenüber Stirner ist nicht leicht zu eruieren, weil sie eine argumentative Auseinandersetzung mit seinen Ideen vermieden haben. Einige Anhaltspunkte lassen sich jedoch auffinden.

Ayn Rand (1905-1982) etwa, die Jens P. Meiners in *ef* (Heft 3, S. 93-94) als „Freiheitsdenkerin“ vorstellte, schrieb in den sechziger Jahren eine Reihe von Essays, die sie 1964 zu dem Buch „The Virtue of Selfishness. A New Concept of Egoism“ zusammenstellte. Sie nahm darin auch fünf Essays ihres damaligen Mitarbeiters Nathaniel Branden auf. In einem dieser Essays, „Counterfeit Individualism“ (svw. Pseudo-Individualismus), sagt Branden, Altruisten und

Kollektivistinnen hätten leicht durchschaubare Gründe, den Individualismus immer wieder mit den Namen Nietzsche und Stirner zu verknüpfen. Sie würden damit suggerieren wollen, Individualismus bedeute, dass man stets tun solle, was man gerade wolle, ohne Rücksicht auf die Rechte der Anderen („whim-worshipping“); und dass derjenige, der es ablehne sich opfern zu lassen, darauf aus sei, Andere zu opfern. Beides sei natürlich eine bösartige Unterstellung. Es ist anzunehmen, dass diese Auffassung Brandens von Rand geteilt wurde. Doch sie selbst, obwohl Verfechterin des „rationalen Egoismus“, erwähnt weder in diesem Buch noch in irgendeiner ihrer anderen Schriften noch in ihren umfangreichen, postum veröffentlichten „Journals“ (ed. David Harriman, 1997) jemals den Namen Stirners, immerhin des „Klassikers“ des Egoismus. Meine Anfrage beim „Ayn Rand Institute“ über ein evtl. doch irgendwo überliefertes Urteil Rands über Stirner erbrachte eine leicht indignierte Antwort von Harry Binswanger, einem ehemals engen Mitarbeiter Rands und jetzigen führenden Vertreter der Randschen Lehre des „Objektivismus“: Mit Stirner, der letztlich sogar den Mord gerechtfertigt habe, habe Rand nichts zu tun haben wollen.

Im Falle von Murray Rothbard (1926-1995) liegen die Dinge ähnlich. Er setzt sich, trotz thematischer Nähe, in keinem seiner Bücher mit Stirner auseinander, erwähnt ihn nicht einmal. Das heißt aber auch bei ihm nicht, dass Stirner ihm unbekannt geblieben ist. In einem Brief an den britischen „Stirnerite“ Sidney E. Parker vom 7. April 1967, abgedruckt in der Zeitschrift „A Way Out“ (vol. 23, no. 3 and 4, October 1967, pp. 12f), gibt er zu erkennen, dass er sich durchaus mit Stirner befasst hat. Und er lässt hier keinen Zweifel daran, dass er dessen Lehre ablehnt. Sein nicht näher begründeter Einwand gegen die „Stirnerites“ ist, dass diese mit all ihren Lobeshymnen auf das souveräne Individuum der Frage auswichen,



wie in ihrer Gesellschaft ein Konflikt zwischen Individuen auszutragen wäre. Wenn man sage, A habe kein Recht, die Individualität von B zu beeinträchtigen, befände man sich schon in einem sozialen „System“ und damit außerhalb von Stirners Lehre. Rothbard verweist abschließend auf Benjamin Tucker, der einst dieser Problematik nicht ausgewichen und den Schritt über Stirner hinaus gegangen sei (zu Tucker später).

Rands indirekt via Branden zu erschließende und Rothbards an entlegener Stelle geäußerte Meinung über Stirner lassen auf den ersten Blick vermuten, dass beide sich nur oberflächlich mit Stirner befasst haben. Sie scheinen ihn als einen bloßen Wiederkäufer der schlichten thelemitischen Maxime „Tu was du willst!“ zu nehmen, eben als „whim-worshipper“, der sich darin gefällt, jedem zu empfehlen, doch einfach seine Launen auszuleben, und der nicht darüber nachdenkt, welche Folgen dies für das gesellschaftliche Zusammenleben hätte. So ließe sich auch erklären, warum Rand und Rothbard — ebenso wie etwa v. Mises, v. Hayek, Friedman u.a. — es nicht für nötig hielten, sich näher mit einem so einfältigen Autor wie Stirner zu befassen oder gar argumentativ auseinanderzusetzen.

Ein zweiter Blick lässt jedoch Zweifel an der Plausibilität dieser Erklärung aufkommen. Dieser zweite Blick kann freilich nicht jenen Autoren gelten, denn sie haben sich ja in puncto Stirner nicht in die Karten schauen lassen; er gilt der Stirner-Rezeption allgemein, die Dirk van den Boom in seiner Besprechung meiner Darstellungen (s.o.) als eine hochgradig interessante und spannende Geschichte bezeichnet hat. Wenn Denker von Feuerbach und Marx über Nietzsche und Carl Schmitt bis hin zu Habermas und Jünger in Stirners „Einzigem“ mehr gespürt haben als großtuerische Propaganda für trivial-egoistisches Ausleben, dann sollte man den ultra-liberalistischen Theoretikern zu ihrer intellektuellen Ehrenrettung zugute halten, dass auch sie nicht völlig unsensibel für die eigentlichen und spezifischen Qualitäten des Stirnerschen Werks waren. Ihr Zurückweisen Stirners mittels vordergründiger und platter „Fehlinterpretation“ spricht jedenfalls nicht dagegen — das zeigen meine Studien zur Rezeptionsgeschichte Stirners, die eine veritable Re(-pulsions- und De-)zeptionsgeschichte war und weitgehend noch ist.

Letzteres heißt nicht nur Zurückweisung Stirners, entweder implizit, ohne seinen Namen zu nennen, oder explizit, unter absichtlicher oder unabsichtlicher Verwendung trivialer Deutungsmuster; es kann auch „Stirnerianismus“ heißen. Dann werden ebenfalls triviale Deutungsmuster verwendet, aber trotz in weltferner Entzückung gepriesen. Rothbard unterstellt dies Parker und empfiehlt ihm, den Weg Tuckers in die Realität nachzuvollziehen (s.o.). Der Fall Tucker wurde kürzlich in *ef* (Heft 10, S. 356-363) von Wendy McElroy dargestellt und kann deshalb hier gut zur weiteren Illustration der Stirner-Rezeption herangezogen werden.

Benjamin R. Tucker (1854-1939) war Herausgeber der legendären Zeitschrift „Liberty“, die von 1881-1908 in Boston bzw. New York erschien. In McElroys Abriss von deren Geschichte, der auf gründlichen Studien beruht, verdient die Darstellung der „Debatte über Egoismus und Naturrecht“ (S. 358-359) besondere Aufmerksamkeit. Hier, wo Stirner die zentrale Figur ist, gilt es wieder, „detektivische Kleinarbeit“ (van den Boom) zu leisten, sehr genau hinzusehen: auf die Debatte selbst, auf ihre Darstellung durch McElroy und auf die deutsche Übersetzung. Ulrich Wille hat zwar im Allgemeinen einwandfrei übersetzt, doch an einer Stelle hat er eine kleine Retusche vorgenommen: Er macht aus McElroys „ideology of Stirnerite egoism“ die „Lehre des Stirnerschen Egoismus“ und verstellt so den Blick auf McElroys sonst sehr zurückgenommene Einstellung zu Stirner. Diese Einstellung aber bewirkte, dass sie die gravierende Krise, in die die gesamte Liberty-Gruppe geriet, als sie 1887 mit Stirners Ideen konfrontiert wurde, als eine bloße Auseinandersetzung über die Frage des Naturrechts bagatellisiert. Wohlgermerkt: McElroy stellt nichts falsch dar; nur kann sie nicht unter die Oberfläche des Konflikts dringen, weil sie der „Ideologie“ Stirners kein besonderes Gewicht beimessen will. Das Verbleiben beim Vordergründigen muss selbst dem, der sich die Mühe macht, die Debatte anhand der einzelnen Beiträge nachzuvollziehen, nicht auffallen, da die Akteure selbst, eben auch die vermeintlichen Stirnerianer um Tucker, auf dieser Ebene blieben und um die Existenz eines „Spuks“, des sog. Naturrechts, stritten. Jedenfalls kam es trotzdem zu einer Spaltung und unveröhnlichen Entzweiung der Gruppe. Natürlich war die Naturrechts-Fraktion stirnerfern; doch folgt daraus nicht,

dass die Anti-Naturrechts-Fraktion um Tucker stirnertreu war. Stirners Originalität, die *differentia specifica* seines Konzepts, liegt nicht in seiner Antwort auf diese Frage.

Zum Vergleich mit McElroys Darstellung bringe ich im folgenden Zitat den Konflikt der Liberty-Gruppe, wie ich ihn im Rahmen eines Artikels über den „Individualistischen Anarchismus“ (IndA) für das „Lexikon der Anarchie“ (1993ff) auf den Punkt gebracht habe:

[...] Stirner wurde durch James L. Walker (1845-1904), einen sprachkundigen und umfassend gebildeten self-mademan, der, vielleicht Schmidt-Stirner folgend, unter dem Pseudonym Tak Kak schrieb, Ende der 80er Jahre in „Liberty“ (1881-1908) zur Diskussion gestellt, zu einem Zeitpunkt, als Tucker die Grundauffassungen des IndA bereits formuliert hatte. Dies entzündete sogleich eine Kontroverse, bei der es um die grundsätzliche philosophische Frage ging, ob der IndA nun überhaupt noch, wie bisher, auf einer naturrechtlichen Basis stehen könne. Walker verneinte dies; Tucker und einige weitere Anhänger des IndA folgten Walkers Argumenten und revidierten ihre Positionen. Die Folge war eine Spaltung der Bewegung des IndA, und Tucker verlor einige der besten Mitarbeiter von „Liberty“. Die Kontroverse um die Bedeutung Stirners für den IndA wurde mit einer überraschenden Heftigkeit und Erbitterung geführt, verlief sich aber bald im Unentschiedenen. Stirner war daraufhin in „Liberty“ kein umstrittenes Thema mehr, und Walker, als Tak Kak weiterhin zwar „Liberty“-Autor, veröffentlichte seine von Stirner inspirierten Beiträge zur 'Philosophie des Egoismus' jetzt aber woanders: in einem entlegenen Periodikum namens „Egoism“.

Die Stirner-Kontroverse von 1887 war indes nicht wirklich erledigt. Sie schwelte untergründig weiter, in der Gruppe und in den einzelnen Individuen. Die Anhänger des IndA scheinen der von Stirner aufgeworfenen Problematik letztlich ebenso ausgewichen zu sein wie zuvor die Zeitgenossen Stirners (am folgenreichsten Marx), später eine stattliche Reihe prominenter Denker (am folgenreichsten Nietzsche) und im Übrigen auch die meisten Anarchisten. Diesem prekären und naturgemäß weitgehend in der Obskürtheit verbliebenen Prozess ist es wohl zu danken, dass eine englische Übersetzung von Stirners „Einzigem“ erst mit zwanzigjähriger(!) Verspätung erschien, zu einer Zeit, als die Bewegung des ameri-



kanischen IndA und „Liberty“ bereits ihrem Ende nahe waren. Tucker selbst gab sie („The Ego and His Own“) 1907 noch im eigenen Verlag heraus — offenbar in einem letzten, eigene und fremde Widerstände überwindenden Kraftakt, denn er kommentierte seine Tat in einer der letzten Ausgaben von „Liberty“ im Ton eines Vermächtnisses: „Ich habe mich über mehr als dreißig Jahre hinweg für die Verbreitung der Ideen des Anarchismus eingesetzt und dabei einiges erreicht, auf das ich stolz bin; aber ich glaube, dass ich nichts für die Sache getan habe, dessen Bedeutung an die Herausgabe dieses Buches heranreicht.“ — Kurz darauf wurden Tuckers Geschäfts- und Lagerräume durch einen Brand völlig zerstört. Tucker war ruiniert, verließ die USA und ging nach Frankreich, wo er die restlichen drei Jahrzehnte seines Lebens in publizistischer Enthaltbarkeit verbrachte. Das Ende von „Liberty“ im Jahre 1908 markiert auch das Ende der von Tucker geprägten Epoche des originären IndA.“ (Der ungekürzte Artikel im Internet abrufbar unter dem URL <http://www.lsr-projekt.de/msinda.html>.)

Tucker und seine Leute mussten wohl gespürt haben, dass ihr Eintreten gegen das Konzept Naturrecht so wenig spezifisch stirnerisch ist wie etwa ein dezidiertes Atheismus (den z.B. auch Ayn Rand u.v.a. vertreten). Darin liegt auch die Antwort auf André F. Lichtschlags Vermutung, „dass Laska — wenn er sich irgendwann traut — nichts anderes anbieten wird als das, was ich hier bereits verschiedentlich angedeutet habe: einen Libertarianism ohne Naturrecht.“ (ef, Heft 9, S. 323). Nein, das ist nicht meine Absicht. Eine Aufwärmung der alten „Liberty“-Debatte erschien mir allenfalls sinnvoll, um die Naturrechtsfrage — wie etwa die Gottesfrage — nach Aufdeckung ihres scheinhaften Charakters endgültig ad acta legen zu können.

Um auf die eingangs aufgeworfene Frage zur augenscheinlichen Dominanz von Texten über Stirner und fehlender Kritik an ihm in dieser Zeitschrift zurück zu kommen: Dies sollte nicht zu der Annahme führen, Stirner sei so etwas wie ein neu entdeckter — oder gar der wahre — Pate der in ef favorisierten Spielarten des Ultra-Liberalismus. Das hieße, den oben namentlich genannten „Denkern der Freiheit“ ein sehr geringes Urteilsvermögen zu unterstellen. Ich vermute stark, diese Leute hatten ihre Gründe, warum sie Stirner entweder nicht näher zur

Kenntnis nahmen oder nicht mit Argumenten entgegen traten. Die fünf oder sechs Beiträge in ef setzen sich mit deren ablehnender oder unbestimmbarer Haltung zu Stirner nicht auseinander; sie sind entweder vorwiegend referierend (van den Boom, Wille, McElroy) oder von „externen“ Autoren verfasst (Türkdogan, Fleming, Timm). Argumente, warum spezifisch Stirner Grundlagen zum Ultra-Liberalismus bzw. Libertariertum geleistet haben soll, fehlen in ihnen gänzlich.

Während in ef, aus welchen Gründen auch immer, jedenfalls relativ häufig unbekümmert von Stirner die Rede war, schwiegen außerhalb nach wie vor die meisten „Denker der Freiheit“ über ihn — wie einst zu Zeiten Rands und Rothbards.

Nur gelegentlich äußert sich doch ein kompetenter Vertreter des Liberalismus über ihn, so etwa kürzlich Gerd Habermann. Er schreibt, im Rahmen eines sonst sehr sachlichen Artikels, in einem emotional aufgeladenen, ja gereizten Ton: „In Deutschland fand er [der individualistische Anarchismus] in einem skurrilen Egomane, dem Linkshegelianer Max Stirner (1845: „Der Einzige und sein Eigentum“) einen zeitweise beachteten philosophischen Vertreter. [...Stirner-Zitate...] In dieser Art eines überdrehten Individualismus war

Stirner in Europa in der Tat 'einzig'. [und als Fussnote erläuternd:] Es heißt diesem trockenden Pedanten aus der Schule des deutschen Idealismus zu viel Ehre anzutun, ihn als 'Vorläufer' des unvergleichlich gedankenreicheren Friedrich Nietzsche einzuordnen.“ (G. H.: Der Liberalismus und die „Libertarians“. In: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Band 47 (1996). S. 121-148 [123]).

Ich gebe gern zu, dass mir eine Äußerung wie die zitierte von Habermann, dessen Erregung auch nach der schriftstellerischen Dämpfung noch deutlich zu spüren ist, mehr imponiert als ein unbedachtes oder übermütiges Bekenntnis zu Stirner. Sie lässt vermuten, dass der Autor zumindest ein Sensorium für die Tiefe und den Ernst der Stirnerschen Idee hat, auch wenn er sie heftig abwehrt. Nur wünschte ich, dass er einer weiteren Diskussion, die sich von der polemischen Ebene der Diffamierung auf eine des sachlichen Austauschs von Argumenten erhebt, nicht auswiche.

Vielleicht aber sind meine Anmerkungen geeignet, wenn schon nicht Habermann, so doch evtl. andere Leser von ef, zu einer solchen ernsthaften Debatte über Stirners potentielle Bedeutung für die Aufhellung des unendlich zerredeten Problems „Freiheit“ zu provozieren oder zu ermutigen.

Bernd A. Laska, Autor des LSR-Projekts (www.lsr-projekt.de), geb. 1943 in Berlin, Zeichner, Diplomingenieur, Statiker, Programmierer, Autor, Herausgeber, Übersetzer, Verleger von Literatur von und über La Mettrie, Stirner und Reich.

Anzeige

Am 27. Mai diesen Jahres
zelebrierten zu Regensburg
die beiden ef-Autoren

Marianne Diem
(geb. Bröcker)
und **Claus Diem**

die wahrscheinlich erste
Libertäre Hochzeit Bayerns,
wenn nicht Deutschlands!
Aus der Rheinpfalz und aus
dem Rheinlande angereist,
überbrachten *eigentlich frei*
der Herausgeber sowie die beiden
Stamm-Autoren Roland Pimpl und
Ulrich Wille dem neuvermählten
Paare einige mehr oder weniger
musikalische Ständchen!

Herzlichen

Glückwunsch!





Kulturförderung und Staatsabhängigkeit der Kultur

von Robert Nef



Die kulturpolitische Grundfrage, wessen Sache die Kultur nun sei, der privaten Träger, der Stadtgemeinde, des Kantons oder des Bundes, wird in der Schweiz typischerweise durch ziemlich undurchschaubare Kompromisse beantwortet, von allem ein bisschen. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt des Landes haben uns bisher davor bewahrt, eine „Nationalkultur“ zu definieren und von Staates wegen zentral zu fördern. Aus libertärer Sicht ist die Sache klar. Kultur ist Sache der Kultur. Sie ist mithin nicht besser, aber auch nicht schlechter, als jene, welche in ihr, mit ihr und durch sie leben. Oder mit andern Worten: Jede Gesellschaft hat die Kultur, die sie verdient.

Wir erleben jetzt anhand des Regierungswechsels in Österreich exemplarisch, welche Folgen eine etatistisch nationale Kulturförderung haben kann. Die bisherige Mitte-Links-Regierung hat eine Mitte-Links-Kultur gefördert. Selbst wenn eine solche in der Regel „ohne Eingriff in die Kunstfreiheit“ betrieben worden ist, entstanden dadurch staatlich abhängige „künstlich angelegte Kulturbiotoppe“. Es entstand eine Art von öffentlich approbiertem Kultursozialismus, der bestimmte Ausdrucksformen der Kultur und der Kulturpolitik förderte und am Leben erhielt, ohne dass eine entsprechende wirtschaftliche und durch die Nachfrage gestützte Basis vorhanden gewesen wäre. Dies ist fast gleichermaßen problematisch wie der Kulturfaschismus, der bestimmte Kulturmanifestationen verbietet.

Staat und Kultur müssen grundsätzlich

voneinander unabhängig sein, auch finanziell. Zwangsförderung (Subventionierung) ist weniger offensichtlich und damit weniger kritisierbar (und damit gefährlicher) als Repression und Zensur, auf die in einer Kommunikationsgesellschaft glücklicherweise sehr empfindlich reagiert wird und die heute glücklicherweise schon rein technisch kaum mehr Chancen hat. Kulturelle Manifestationen sollen gesellschafts- und staatskritisch sein, das ist eine ihrer wichtigen Funktionen. Gegen eine eigenständige „linke Kulturszene“ ist überhaupt nichts einzuwenden, solange sie nicht ein staatliches Förderungsmonopol beansprucht, bzw. ihren fixen Anteil am „Kuchen“ öffentlicher Kulturförderung.

Je zentraler und je nationaler die Kul-



Bild: Logo des Liberalen Institutes, Zürich, dessen Leiter der Autor ist

turförderung betrieben wird, desto fragwürdiger wird sie. Öffentliche Kulturförderungen auf lokaler und regionaler Ebene sind darum weniger problematisch, weil es zu einem „Wettbewerb der Förderer“ kommt und die „Förderungslandschaft“ von einer Vielzahl politischer und geschmacklicher Schattierungen geprägt ist.

Schon grassiert heute in Österreich die böse Vereinfachung „Nicht-Subventionierung“ gleich „Maulkorb“ gleich „Verbot“... Das ist der Fluch der staatlich geförderten Kultur, die das Lied der Förderer singt und die bisher offensichtlich von der linken Wahlpropaganda wirksam eingespannt worden ist. Dass dieselben wahltaktisch gelegentlich missbrauchten oder korrumpierten „Preis- und Subventionsempfänger“ und „Kulturschaffenden“ bei einem demokratischen Regierungswechsel allenfalls Popularitäts- und Einkommenseinbussen erleiden, ist doch kein Grund, den Untergang der Kultur zu proklamieren.

Das Entscheidende ist auch in der Kulturpolitik die Offenhaltung eines freien Marktes der Ideen, der Güter und der Dienstleistungen, kein Zwang gegen Niemand, auch nicht im Namen der wohlmeinenden Bevormundung. Wer Dummheiten glauben will, soll dies, wer Kitsch konsumieren will, soll dies, wer irgendwelche blutrünstige Kunst-Performances als „Kultur“ genießt, soll dies ebenfalls, aber bitte nicht steuerfinanziert und auch nicht mit kulturbehördlichem Segen. Der Staat soll sich auf die Einhaltung des klassischen Strafrechts beschränken und der Kultur freien Lauf lassen. Laissez-faire ist weniger gefährlich, als eine organisierte Selektion dessen, was dumm ist und was geschieht, was gesund ist und was ungesund und – vielleicht noch heikler – was schön ist und was nicht.

Vergleiche dazu auch im Internet beim Liberalen Institut:
<http://www.libinst.ch/texte/Kultur.htm>

Robert Nef, geb. 1942 in St. Gallen. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Zürich und Wien mit Abschluss als lic.jur. war er 1968 bis 1991 halbtags wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Rechtswissenschaft der ETH Zürich. Seit 1979 leitet er das Liberale Institut in Zürich, eine Stiftung zur Weiterentwicklung liberaler Gedanken. Er verfasste zahlreiche Aufsätze und Artikel u.a. zu liberalen Grundsatzfragen. Er redigiert die Vierteljahresschrift „Reflexion“ und ist seit 1991 verantwortlicher Redakteur und inzwischen Mitherausgeber bei den „Schweizer Monatsheften“.



Kampfhunde auf den Markt!

von André F. Lichtschlag



Eine wochenlange hysterische Kampagne der BILD-Zeitung und anderer Organe der „4. Gewalt des Staates“ hat einmal mehr die Politik in Deutschland zur Handlung angetrieben. Die Boulevard-Presse benötigt Emotionen und die Politik benötigt Feindbilder. Was könnte sich da für Beide im Zusammenspiel besser eignen als ein paar durchgeknallte, hässliche, bissige Köter, die keiner mag - und die auch noch von ungeliebten Minderheiten gehalten werden, die erst recht keiner mag?

Was war passiert? Mitte Juni wurde ein sechsjähriger Junge, Volkan, in Hamburg von einem Kampfhund zu Tode gebissen. Es war der erste Todesfall dieser Art in Deutschland, zumindest in diesem Jahr. Vorausgegangen waren einige zum Teil schwere Verletzungen nach Kampfhundbissen. Der tote Junge war das Signal für den obersten

Moralapostel und West-LB-Vielflieger Rau, die Politik „nun endlich zum Handeln“ aufzurufen. Innerhalb einer Rekordzeit von nur einem Tag riefen darauf hin die Innenminister der Länder eine Telefonkonferenz zusammen, um ad hoc zu beschließen, dass Kampfhunde je nach Rasse umgehend einzuschläfern und/oder mit Hausverbot zu belegen und/oder zu kastrieren seien, dass die Züchtung und der Handel generell zu verbieten sei - und dass grundsätzlich größere Hunde nur noch mit einem vom Tierarzt auszustellenden „Hundeführerschein“ gehalten werden dürfen.

Wenn also demnächst Klein-Timmi mit seinem lieben Bernhardiner Wuffo von der Polizei ohne „Hundeführerschein“ angetroffen wird, dann stehen Vati einige Probleme und Strafkosten ins Haus. Soweit der Schnellschuss unserer Politiker, die dafür mit Volkes Stimme lobend belohnt werden.

Hat irgendwer schon einmal errechnet, wie viele Menschen in diesem Jahr an

Nein! Denn mit Mehrheiten legt sich die Politik nicht an. Und die Freunde von der Boulevardpresse natürlich auch nicht. Da eignen sich ein paar halbseidene Spinner mit Kampfhunden „aus dem kriminellen und zwielichtigen Milieu“, wie wir angeekelt lesen müssen, schon eher. Nein, denen wollten wir alle doch schon immer mal zeigen, wo der Hammer hängt. Denen nehmen wir ihr hässliches Haustier weg, basta. Denn

schließlich könnte das Tier ja über Unschuldige herfallen (so wie übrigens auch die Hände dieser Kriminellen über uns herfallen könnten, s.o., aber so weit wollen wir ja **noch** nicht gehen).

Den Besitzer eines Kampfhundes erst nach der Tat der fahrlässigen Tötung oder gar des Mordes zu verklagen, das wäre zwar nach **liberalen Grundsätzen**

einzig gerecht, aber nicht so schön gutmenschhaft. Da verbieten doch Politiker lieber den **potenziellen Mord**, rein prophylaktisch, wenn es die öffentliche Meinung erlaubt oder sogar fordert. Wer könnte etwas dagegen haben, außer die betreffende, belanglose Minderheit und einige prinzipienfeste Libertäre?

Wie würden überhaupt die Libertären mit potenziell beißenden Kampfhunden, wie mit Händen, Autos, Bier, Küchenmessern und Fönen umgehen?

Nun, die libertäre Marktgesellschaft wäre



Bild: Die üblichen Kampfmittel des Staates - jetzt auch gegen Hunde...

einem Küchenmesser, an einem Haarfön, im Auto oder an der Bierflasche gestorben sind? Wie viele wurden erwürgt? Waren es nicht jeweils weit mehr als nur ein kleiner Junge pro halbem Jahr? Und hat die BILD-Zeitung daraufhin mit roten Lettern gefordert, dass Küchenmesser verboten gehören bzw. dass man dafür (und auch für Haarföne) einen Waffen(führer)schein benötigt? Sollten gar Autos oder Bier, der Deutschen liebste Kinder, verboten werden? Und sollten nicht ohnehin allen Staatsbürgern wenigstens die Hände amputiert werden, damit zukünftiges Erwürgen ausgeschlossen wird?



Bild: Politische Kampfmaschine aus NRW

auch nicht gerade das Paradies für Kampfhunde. Aber jeder würde die Kosten für sein Tun selbst tragen.

Es liegt nahe, dass sich die meisten Menschen auf dem Markt einer Rechtsagentur anschließen würden, welche den Halter des Hundes für Taten desselben verantwortlich macht. In den meisten amerikanischen Gemeindever-

ordnungen gibt es schon heute genau solche Paragraphen. Der Hundehalter wäre also (und ist in vielen Teilen der USA) bis hin zum Mord für alle Bisse des Hundes verantwortlich. Schon Schmerzensgeldforderungen können mit Recht sehr teuer ausfallen. Folglich sollte Halter Knast-Uwe versuchen, sich gegen kleinere Bisswunden, die sein Hasso anderen zufügt, zu versichern. Diese Versicherung wird dann analog der Kfz-Haft-

pflichtversicherung je nach Bissanfälligkeit und Agressivität der Rasse unterschiedlich teuer sein. Ein mit hoher Wahrscheinlichkeit nur um sich beißen-der Köter wäre mithin kaum mehr zu versichern. Ein mordender Hund - wie überhaupt jeder Mord - wäre gar nicht zu versichern (siehe hierzu etwa den Artikel „Alles hat seinen Preis - Geld und der Wert des Lebens“ von Wolfram

Clauß in *ef* Nr. 4, S. 108ff.).

Wie alles andere löst der Markt also auch die „Kampfhundfrage“ über den Preis. Kampfhunde würden in einer Markt-Gesellschaft je nach Bissigkeit sehr teuer bis unbezahlbar sein.

Die politische Staatslösung dagegen ist wie immer abseitig: Entweder sind Kampfhunde (wahlweise ersetzbar auch durch Autos, Küchenmesser oder Haarföhne) unverhältnismäßig günstiger als am Markt, also von unbeteiligten Dritten subventioniert (wie vor der Hysterie-Kampagne), oder sie werden unverhältnismäßig kriminalisiert (wie nach der Hysterie-Kampagne). Gerecht ist das alles weder für Knast-Uwe und Hasso, noch für Klein-Timmi und Wuffo - noch für den toten Vulkan.

Auf dem Markt würden Kampfhundehalter analog dem Bisspotenzial und -risiko ihrer kleinen Bestien zur Kasse gebeten. Und dies schon, bevor ein kleiner Junge zerfetzt wurde!

Und der Bernhardiner Wuffo könnte auch ohne Führerschein weiterhin morgens die BILD-Zeitung ins Haus tragen.

André F. Lichtschlag, M.A., geb. 1968 (echter Alt-68er), ausgeb. Verlagskaufmann, studierte Politische Wissenschaft, VWL und Soziologie in Bonn; Magisterarbeit über „Libertarianism - eine (anti-) politische Bewegung aus den USA und ihre Rezeption in Deutschland“. Gründer und Herausgeber von *eigentlich frei*.

Tierrechte?

Was halten Tierschützer eigentlich von Menschenrechten?

von Detmar Doering



Die Idee scheint unaufhaltsam auf dem Vormarsch – die Idee der Rechte des Tieres. Die Lobbies, die sich diesem Anliegen verschrieben haben, sind mittlerweile so stark und wohlorganisiert, dass die Politik schon eifrig mit legislativen Liebesbezeugungen reagiert, um ihre Herzen zu gewinnen. In einigen Bundesländern wurde bereits der Tierschutz als Verfassungsziel verankert. Im Bundestag verfügt die Idee immerhin schon über die einfache Mehrheit; lediglich der Umstand, dass für Verfassungsänderungen eine qualifizierte Mehrheit nötig ist, hat die Verankerung auch auf Bundesebene verhindert. Und

es sind nicht nur „linke Spinner“, die zu den Befürwortern im Bundestag gehören, sondern auch bürgerliche Politiker.

Die Gegner scheinen schon innerlich kapituliert zu haben. Nicht mehr so recht an die Macht der eigenen Argumente glaubend, ziehen sie sich in der öffentlichen Diskussion auf verfassungstechnische Positionen zurück – etwa, dass man Verfassungen nicht mit Staatszielen überfrachten sollte (zweifellos richtig) oder, dass man dadurch ja nicht viel erreichen würde (was gar nicht gesagt ist).

Ist dieser Defaitismus angebracht? Könnte es nicht sein, dass die Gegner von „Tierrechten“ auch über gute Argumente in der Sache verfügen? Lässt sich nicht vielleicht manch einer von der Wucht und der Emotionsgeladenheit des Auftretens der Befürworter einschüchtern? Wer will schon im Rufe stehen, ein Tierquäler zu sein?

Die Frage nach den Rechten des Tieres verdient, dass man ihr nachgeht. Dabei sollte man zunächst einmal klären, was denn überhaupt „Rechte“ sind und wie man sie begründet – bevor man sie den Tieren verleiht. Bei Rechten han-



delt es sich um die allgemeine Definition jener Sphäre, die Eigentum des betreffenden Lebewesens (bisher aber jedenfalls nur Menschen) ist, die durch das Handeln anderer unantastbar sein soll.¹ Im Grunde sind sie mit dem Begriff „Freiheit“ zu identifizieren. Man hat diesen Rechten bisweilen auch das Prädikat „natürlich“ zugestanden, was aber – wie sich zeigen wird – gerade in der Diskussion um Tierrechte Konfusion erzeugen muss. Rechte sind nicht notwendig gültig wie physikalische „Naturgesetze“: Im rein biologischen Sinne sind sie ebenfalls kaum als „natürlich“ – etwa im Sinne von „angeboren“ – zu bezeichnen, weil der Evolutionsprozess, unter dem das Instinktleben von Kreaturen entstanden ist, sich nicht unbedingt und immer an normative Kriterien hält.

Rechte sind also zu allgemeinen Handlungsimperativen gewordene rationale Beurteilungen über gut und böse. Wer den rationalen Moraldiskurs haben will, muss das Eigenrecht der Träger dieses Diskurses respektieren. Dies ist kein Beweis für ihre Gültigkeit. Zyniker und Gewaltmenschen können schlichtweg die Notwendigkeit einer über dem Egoismus stehenden Moral leugnen. Es handelt sich daher bei der Idee von „Rechten“ eher um eine Setzung oder Abmachung von Menschen untereinander, sich gegenseitig die maximale und gleiche Freiheits- und Eigentumssphäre zuzugestehen.

Es ist zu fragen, ob diese Idee in irgend einer Form tatsächlich auf Tiere anwendbar ist. Der wohl anspruchsvollste Verfechter dieser Idee, der australische Philosoph Peter Singer, meint in seiner „Praktischen Ethik“ (Practical Ethics, 1979), dass Tiere, um Träger von Rechten zu sein, als Einzelwesen zwei Bedingungen erfüllen müssten. Erstens: Sie müssen Schmerz empfinden können, d.h. durch Gewalt leiden. Zweitens: Sie müssten in Zeithorizonten denken und sich selbst als personale Existenz begreifen können.

Diese beiden Argumente klingen auf den ersten Blick tatsächlich wie die klassische (christliche) Naturrechtslehre, die allerdings solches nur dem Menschen zugestand. Rechte hätte man demgemäß, weil man prinzipiell der Vernunft zugänglich sei. Man fragt sich also in der Tat, warum intelligente Tiere (Schimpansen, Delphine etc.) nicht auch Träger von Rechten sein könnten. Eine genauere Betrachtung dieses natur-

rechtlichen Argumentes zeigt allerdings deutlich auf, warum dies nicht der Fall sein kann. Die alten Naturrechtler hatten eine wesentlich umfassendere Konzeption von Vernunft als wir sie in unserem auf technische Rationalität hinauslaufenden Denken verfechten. Sie ging auch über Singers Kriterium der „Personalität“ hinaus, denn sie beinhaltete bereits die Erkenntnis der göttlichen und unabänderlichen Moralgesetze. Die Vernunft befähigte uns demnach, überhaupt erst Rechte als solche zu erkennen. Die Menschen wurden ganz generell „idealtypisch“ als wesensmäßig moralfähig definiert – und damit insgesamt als Träger von Rechten.

Auch wenn wir heute nicht unbedingt mehr an die Göttlichkeit von Moral glauben, so bleibt doch als wesentlicher Punkt bestehen, dass jede Definition von Rechten nur dann sinnvoll ist, wenn man der Spezies generell die Fähigkeit zusprechen kann, dass sie zu verstehen in der Lage ist, was Rechte sind. Auch hier genügt bloße „Personalität“ nicht. Sie müssen ihre Entscheidungsverantwortung gegenüber den Rechten erkennen können und diese Rechte müssen in irgend einer Form justitiabel sein. Ihre Durchsetzbarkeit muss universell wünschbar sein. Man muss in irgendeiner Form Schuld oder Unschuld bei Rechtsbrüchen als solche ahnden können.

Ob eine solche Konzeption bei Tieren greift, ist – gelinde gesagt – höchst zweifelhaft. Dies hat nichts mit krudem „Anthropozentrismus“ zu tun. Man könnte sich etwa friedliche und intelligente Wesen aus dem Weltall vorstellen, deren Rechte man demgemäß respektieren müsste. Aber Tiere? Hat der Löwe, der ein Kleinkind tötet, eine Idee, dass er dabei „Rechte“ verletzt? Es kann im Einzelfall Menschen geben, die das auch nicht wissen; die Spezies Mensch ist aber dennoch zur Setzung von Rechten fähig. Schon allein, weil der Idee der „Tierrechte“ jede Möglichkeit des Gedankens einer gegenseitigen möglichen Anerkennung von Rechten fehlt, scheint sie absurd. Sie hat keinerlei Abmachungscharakter.

In Wirklichkeit könnte es sogar sein, dass sich die Verfechter von „Tierrechten“ genau dessen schuldig machen, was sie ihren Gegnern vorwerfen, nämlich des vielgeschmähten „Anthropozentrismus“. Das Moralkonzept von „Rechten“ in Tiere hinein zu projizie-

ren, läuft jedenfalls genau darauf hinaus. Dabei hatten nicht ohne Grund Tierfreunde etwa dafür plädiert, den moralisch wertenden Begriff „Raubvogel“ aus dem Gebrauchsvokabular zu nehmen, um statt dessen den Begriff „Greifvögel“ einzuführen. Ein Vogel weiß schließlich nicht, was „Raub“ ist. Es wäre zum Beispiel eine abstruse Idee, ihn wegen eines Hühnerdiebstahls gerichtlich zu belangen.

Dass Tiere selbst keine Vorstellung von Rechten haben, hat eine unerwartete Konsequenz. Es macht „Tierrechte“ zu einem rein innermenschlichen Konzept. Nicht Tiere sind Rechtsträger, sondern Menschen beschränken einander ihre Rechte im Namen der Tiere (jedenfalls hat man noch nie gehört, dass etwa Tierfreunde Tiere der Tötung anderer Tiere beschuldigen, obwohl hier manchmal ein erhebliches Maß an Grausamkeit ins Spiel kommt, wie jeder weiß, der einmal Katzen mit ihren gefangenen Mäusen „spielen“ sah). Tatsächlich geht es also darum, Menschen bestimmte Optionen zu verbieten, obwohl sie mit der Ausübung dieser Optionen nicht die Freiheits- und Eigentumssphäre anderer Menschen verletzen. Das raubt dem Begriff von Rechten fast jeden klar erkennbaren Sinn. Es könnten ungeheuerere Eingriffe in die Rechte von Menschen so gerechtfertigt werden. Selbst wenn man die Folgen in abstruser Überspitzung darstellt, sind sie immer noch durch die Idee der „Tierrechte“ abgedeckt: Sollte man einem Menschen im Namen des Tieres die lebensrettende Transplantation einer Schweineiere (durchaus medizinisch denkbar) verweigern? Brauchen wir eindeutige Hinweise des Konsenses der Kühe, um sie melken zu dürfen? Dürfen wir keine Lederschuhe tragen? (Dass gegen das Tragen von Lederschuhen so wenig Protest zu hören ist, liegt wohl eher daran, dass sich Pelzmäntelträger(innen) besser als Feindbild eignen, weil man dabei noch an niedrige Neidinstinkte appellieren kann. Das gleiche gilt für die Kampagne gegen Fuchsjagden in England.) Sind alle Nichtvegetarier Mörder oder Mordkomplizen? Sollten sie entsprechend mit lebenslanger Haft (bei uns) oder gar durch Hinrichtung (in den USA) bestraft werden? Sollten auch die Händler, die einem Metzger das Messer verkauft haben, als Handlanger verfolgt werden? Eindeutig: Wer es mit „Tierrechten“ konsequent ernst meint, hat ein gebrochenes Verhältnis zu Menschenrechten.

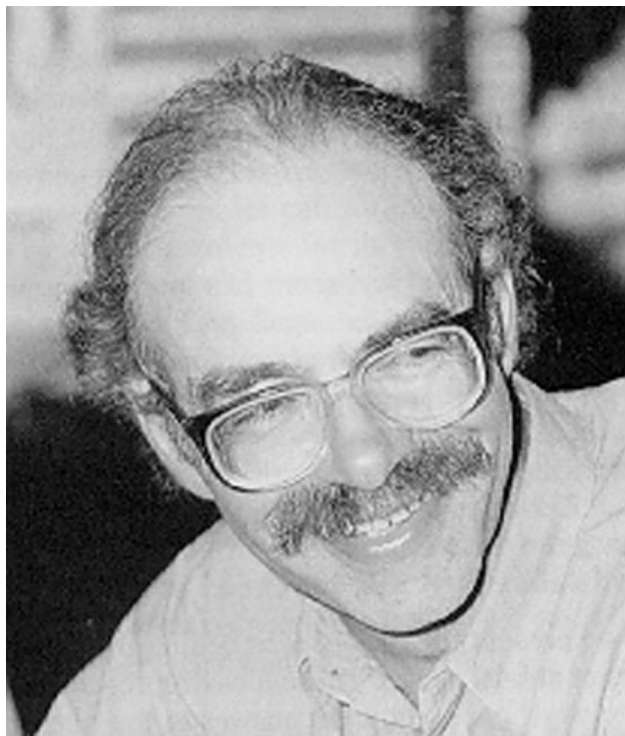


Bild: Der australische Bio-Ethiker Peter Singer

In der Tat gibt es bereits extreme Tierschützer, die verkünden, dass die Menschheit ein bössartiger Fremdkörper in der Natur sei, und daher besser aussterben solle.² Tierschutzaktivisten nehmen bei „Befreiungsaktionen“ zunehmend die Beschädigung von Eigentum und Personen in Kauf. Nur die wenigsten Tierfreunde würden indes so weit gehen. Sie würden abstufen. Dies tut auch Peter Singer mit seinen beiden Grundbedingungen für „Rechte“ – Schmerzempfinden und Personalität. Daraus, so meint er, ergäben sich Abstufungen. Tiere mit Schmerzempfinden dürften zwar getötet werden, aber möglichst schmerzfrei und nicht sinnlos. Tiere, die schon Personalität entwickeln, genießen bereits höheren Lebensschutz. Singer hat sich das – leider oft in Intoleranz ausartende – Missfallen vieler Kritiker zugezogen, weil er meint, hochentwickelte Tiere hätten ein vergleichbares Lebensrecht wie etwa Babys, die ohne Aussicht auf Heilung behindert geboren wurden, und die zu einem vegetierenden (vernunftunfähigen, mit geringer Personalität ausgestatteten) und schmerzhaften Leben verurteilt seien. Obwohl der Vergleich zur Euthanasiepolitik der Nationalsozialisten, den Singer-Gegner gerne als Kritik anführen, sicher über das Ziel hinausschießt, ergeben sich gerade aus dieser differenzierten Abstufung neue

Probleme. Beginnt man erst einmal mit der Abstufung von Rechten, so verschwimmen die Grenzen zwischen legitimer und illegitimer Erzwingbarkeit von Rechten. Es macht durchaus Sinn, die Idee von Rechten als eine an die Spezies Mensch gebundene Vorstellung zu setzen. „Anthropozentrismus“ ermöglicht hier eine klar definierte Grenze zwischen nicht rechtsfähigen und idealtypisch rechtsfähigen Wesen. Dass man den Menschen dabei „idealtypisch“ (als Spezies) definiert, verhindert, dass Lebensrechte erst nach einer Prüfung des individuellen Mündigkeitskoeffizienten willkürlich festgelegt werden.³

Das unterscheidet auch Singer, der Rechte an die Fähigkeiten spezifischer Individuen knüpft, von den klassischen Naturrechtlern, die sie immer als kollektive Rechte sahen. Rechte machen nur Sinn, wenn nicht willkürlich über sie verfügt werden kann. Außerdem müssen sie universell sein. Damit soll nicht geleugnet werden, dass es de facto unterschiedliche Intelligenzen, Personalitäten oder Mündigkeitsgrade gibt. Sogenannte „Geistesranke“ bedürfen meist wirklich der Betreuung (wobei Zweifel an der Legitimität der Zwangspsychiatrie angemeldet werden sollten). Es spricht auch nichts gegen das Erziehungsrecht der Eltern über Kinder. Es beinhaltet im Übrigen auch keinen Verstoß gegen ein idealtypisch für alle Menschen gesetztes Menschenrecht. Kinder nutzen das Eigentum der Eltern, die daran durchaus Bedingungen knüpfen können. Der von der 68er-Generation gehasste Ausspruch ist in Wirklichkeit das Fundament des Erziehungsrechts: „Du tust das nicht, solange du die Füße unter meinem Tisch hast!“⁴

Eine vernünftige Theorie der Rechte kann nicht Abstufungen im Sinne Singers hinnehmen. Auch wenn es innerhalb der menschlichen Spezies de facto Abstufungen im realen Mündigkeitsgrad gibt (es ist sogar wahrscheinlich, dass es Niemanden gibt, der immer und jederzeit vollständig urteilsfähig und tugendhaft ist), so bleibt es dennoch eine rationale Strategie, den Menschen allgemein als prinzipiell moralbegabt zu definieren. Auch bei faktischer Ungleichheit persönlicher Moralität unter den Menschen kann und muss die Theorie von Rechten eine normative Gleichheit und Allgemeinheit aufweisen, um so nicht zum Gegenstand „konsequenzialistischer“ Erwägungen zu werden (kein Wunder, dass Singer zum Beispiel bekennender Konsequenzialist ist). Es ist dann möglich, ja wohl unvermeidlich, dass sich dann der Schutz durch Rechte auch auf Individuen erstreckt, denen man de facto ein eingeschränktes moralisches Auffassungsvermögen attestieren muss. Immanuel Kant hat es präzise erfasst, als er meinte, dass ein Recht nur gültig sei, wenn alle Menschen ihm zustimmten *könnten*. Es handelt sich also um einen hypothetischen Konsens, der seine Allgemeinheit nicht als Faktum, sondern als Postulat erhält. Deshalb sind Rechte nur als Verallgemeinerungen denkbar, die nicht durch „praktische“ (d.h. auf die vermeintliche Logik von Einzelfällen basierende) Vernunft permanent relativiert werden dürfen, ohne ihre Funktion als strikte normative Maßstäbe zu verlieren. Eine Diskussion um den Ausschluss von individuellen Menschen oder Menschengruppen⁵ aus dem „consensus juris“, die bei der Aufnahme von Tieren in die Gemeinschaft der Rechtsträger notwendigerweise aufgenommen muss, widerspräche diesem Gedanken. Es müsste ein ständiger Vergleich mit den Personalitäten, Schmerzempfindsamkeiten und moralischen Qualitäten zwischen Menschen untereinander und Menschen mit Tieren erfolgen, um festzustellen, wie die Rechte des Einzelnen konstituiert werden müssten. Man muss sich nur fragen, was für ein Bild vom Staat und seinen Kompetenzen am Ende solchen Denkens stehen müsste, um Zweifel an der Liberalität des ganzen Vorhabens zu bekommen. Es liegt in der Logik der Sache, dass Singer einen recht umfangreichen globalen Umverteilungsstaat favorisiert. Überhaupt ist antikapitalistisches Ressentiment ein wesentliches Charakteristikum der Tierrechtsbewegung.



Bei Tieren würde eine allgemeine Setzung von Rechten keinen Sinn machen. Zumindest bis heute würde ein solches Postulat nicht zu den rationalen Erwartungen gehören, die man an Tiere richten könnte. Entwickelten sich zu unserer aller Überraschung innerhalb der nächsten Zeit eine Reihe von Individuen einer bestimmten Tierspezies in dem Sinne, dass sie mit uns in einen moralischen Diskurs und eine gegenseitige Rechtsbeziehung treten könnten, dann sollte man auch diese Spezies als solche in ihre Rechte einsetzen – und nicht nur einige Einzelexemplare. Theoretisch sind Tierrechte also vielleicht denkbar, praktisch aber gibt es auf dieser Welt keinen Grund, sie konkret zu postulieren.

Das Fazit lautet: Wer Tiere quält oder tötet, verletzt nicht per se Rechte, wer „Tierrechte“ postuliert, hat zumindest eine unklare Haltung zu Menschenrechten. Dies ist kein Plädoyer für Grausamkeit (immerhin gilt: Nicht alles, was man darf, muss man tun). Es gibt außerhalb der Diskussion über „Rechte“ Möglichkeiten für Milde. Der von vielen Tierfreunden als Gegensatz zu ihren Anliegen wahrgenommene „Anthropozentrismus“ könnte hier hilfreich sein. Menschliche Interessenlagen und erzieherische Kulturideale wirken als Kräfte zugunsten von Tieren. Ökonomisch betrachtet ist das Tier für den Menschen schon längst nicht immer nur bloßer Nährwert – man denke an Haustiere, Tierparks, Naturschutzgebiete, Vereine zum Artenschutz und Ähnliches. Dies ist Ausdruck von kulturellen Werten, die sich langsam entwickelt haben. Sie sind völlig anthropozentrisch in sofern, als sie das Wohl des Menschen primär im Auge halten. Die Idee des Tierschutzes entsprang genau diesem Motiv.⁶

Als im Jahre 1656 in England Oliver Cromwell die Bärenkämpfe verbot (eines der ersten Tierschutzgesetze überhaupt!), tat er dies nicht, weil er an „Tierrechte“ glaubte. Vielmehr meinte er, Bärenkämpfe trügen zur Verrohung bei und lenkten von der Liebesbotschaft Gottes ab. Auch in unserem säkularisierten Zeitalter sehen wir, dass eine Selbstbindung in Bezug auf Gewalt bei

Tieren eine Schule des zivilisierten und friedvollen Umgangs der Menschen untereinander sein kann.

Diese Erkenntnis wird aber wohl den militanten Teil der „Tierrechte-Szene“ kaum befriedigen. Sie lenkt im Übrigen auch nicht von der eigentlichen Erkenntnis ab: Vor dem Postulat der „Tierrechte“ sollten wir weiterhin Vorsicht walten lassen. Die Befürworter müssen sich fragen lassen: Was haltet ihr eigentlich von Menschenrechten?

Fußnoten:

¹ Es gibt natürlich noch andere Konzeptionen von Rechten, die sogar sinnvoll sein können. Dazu gehören „pragmatische“ Rechte, die einfach feste und traditionelle Erwartungen an politische Macht darstellen, was aber keine brauchbar inhaltliche Definition beinhaltet (theoretisch gibt es in traditionellen Sklavenstaaten dann auch das Recht auf Sklavenhaltung). Auch hört man oft etwas über „positive“ politische Rechte, etwa das Wahlrecht. Sie befinden sich, da sie eigentlich Machtsphären erweitern, oft in einem Spannungsfeld mit den oben genannten individuellen (liberalen) Abwehrrechten. Für die Debatte um Tierrechte spielt dies indes keine Rolle. Kein Mensch hat bisher das Wahlrecht für Kanarienvögel gefordert.

² So meinte vor einigen Jahren der amerikanische Biologe und Umweltaktivist David Graber: „Bis zu der Zeit, in der der Homo sapiens sich entschließt, zur Natur zurück zu kehren, können einige unter uns nur auf das richtige Virus hoffen.“

³ Eine „idealtypische“ (allgemeine/normative) Setzung zu Gunsten der menschlichen Spezies zur Vermeidung von übermäßigen juristischen Ermessensspielräumen würde auch Vorteile gegenüber einer anderen Argumentation gegen Tier- und für Menschenrechte haben. Diese Argumentation sieht etwa in Kindern, die noch einen unterhalb des bei hoch entwickelten Tieren üblichen Persönlichkeitsgrad aufweisen (besonders bei ungeborenem menschlichen Leben), bereits das „Potenzial“ zu einem mündigen Bürger. Ab-

gesehen davon, dass es nach medizinischen Kriterien möglich ist, einem Menschen (z.B. einem unheilbar „Geisteskranken“) dieses „Potenzial“ abzusprechen – und damit auch seine Rechte –, gibt es auch noch eine andere Schwierigkeit dabei. Da der Begriff „Potenzial“ Annahmen über die Zukunft voraussetzt, ist er notwendigerweise sehr unscharf. Ein Beispiel: Baumsatzungen schützen etwa Bäume mit mehr als einem Meter Stammumfang. Müssten wir damit nicht auch zugleich den nur wenige Zentimeter kleinen Sprössling schützen, der ja auch „potenziell“ ein großer Baum ist?

⁴ Dies wirft die Frage nach der Haftfähigkeit von Kleinstkindern auf. In England galt noch bis tief ins 19. Jahrhundert eine Strafrechtspraxis, bei der sogar 2-jährige Kinder wegen eines Kleinstdiebstahls hingerichtet wurden. Solch barbarische Sitten sind gottlob zumindest in Europa vorüber. Abgesehen von der moralischen Fragwürdigkeit der Todesstrafe, die hier angeführt werden sollte, kann man natürlich das Verhältnis Eltern/Kind als eine freiwillige (quasi-vertragliche) Übernahme der Verantwortung der Eltern für die Untaten ihrer Kinder betrachten. Eine durch den Fußball des Kindes zerbrochene Scheibe wird dann von den Eltern bezahlt. Dies setzt aber ein libertäres Rechtsverständnis voraus, bei dem nicht Vergeltung durch den Staat, sondern die Restitution der Opfer im Mittelpunkt steht.

⁵ Man bedenke, dass die Umdefinition bestimmter ethnischer Menschengruppen als „Untermenschen“ zum Standardrepertoire rassistischer Argumentationen gehört.

⁶ Zumindest in Deutschland ist dies letztlich im weitesten Sinne immer noch so. Selbst das geforderte Verfassungsrecht auf Tierschutz wird nicht als Tierrecht begründet, sondern als Staatsziel. Das menschliche Kollektiv zeigt damit lediglich, was es kollektiv für sich wünschenswert hält. Man könnte es in diesem Sinne mit dem Denkmalschutz vergleichen, der ja auch nicht Denkmalsrechte postuliert, was zweifellos ein absurdes Konzept wäre. Hier mag sich allerdings immer noch ein Spannungsfeld zu Individualrechten auf-tun.

Detmar Doering, Dr.phil., geb. 1957, studierte Philosophie und Geschichte in Köln und London. Promotion 1989 über die Philosophie Edmund Burkes. F.D.P.-Mitglied und Gründungsvorsitzender der Jungen Liberalen in Nordrhein-Westfalen (1980-82). Heute Stellvertretender Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung. Zahlreiche Buchveröffentlichungen (darunter „Kleines Lesebuch über den Liberalismus“, 4.Aufl. 1999) und Artikel in Fachjournalen und Tageszeitungen. Verheiratet und Vater einer Tochter. Wohnhaft in Berlin.



Einleitung von Claus Diem

„Der Beweis, dass AIDS von HIV-1 oder HIV-2 verursacht wird, ist klar, erschöpfend und unzweifelhaft. Der Beweis entspricht den höchsten Standards der Wissenschaft. Die Daten erfüllen die selben Kriterien wie die für alle anderen Viruserkrankungen wie Kinderlähmung, Masern oder Pocken. [...] HIV verursacht AIDS. Es ist unglücklich, dass einige lautstarke Leute weiterhin die Beweise leugnen.“ So verlautbarten über 5.000 Mediziner und Wissenschaftler aus 84 Ländern in der so genannten „Durban-Declaration“.¹ Wenn solche Art von Erklärungen verabschiedet werden ist die Vermutung groß, dass das Gegenteil der Fall ist. Wirklich evidente Tatsachen, wie dass Masern eine Virenerkrankung ist, brauchen keine Verlautbarungen, die Daten sprechen für sich. Warum sehen sich Tausende von Biologen und Medizinern veranlasst, Kollegen, die bei einem wissenschaftlichen Problem eine andere Hypothese befürworten, als „Leugner“ zu bezeichnen? Im Vorfeld der XIII. Internationalen AIDS-Konferenz in Durban, Südafrika, hatte der südafrikanische Präsident Mbeki eine Kommission berufen, um der Ursache von AIDS auf den Grund zu gehen. Angesichts der Tatsache, dass es 18 Jahre nach AIDS die Forschung trotz Milliardenausgaben nicht geschafft hatte, auch nur einen einzigen Patienten zu heilen, schien es ihm wohl angebracht, sämtliche gängigen Hypothesen über die Entstehung von AIDS zu hinterfragen. Obwohl das Hinterfragen von Hypothesen und die Suche nach Hypothesen, die mehr erklären und besser mit den Beobachtungen übereinstimmen, nichts anderes als die wissenschaftlichen Methoden sind, ging er nach Meinung der etablierten AIDS-Forscher und der Journalisten einen Schritt zu weit, als er auch Wissenschaftler in die Kommission berief, die vertraten:

- HIV ist ein unschädliches Virus und verursacht keine ernsthaften Krankheiten

AIDS: erworbenes Ein Skandal-

von Claus Diem

- AIDS ist keine Virenerkrankung und nicht ansteckend

- Die Ursachen für AIDS sind vielfältig (in den europäischen und amerikanischen Risikogruppen der Homosexuellen und Drogenabhängigen ist AIDS eine chemische Krankheit, die auf permanenten Drogenkonsum zurückzuführen ist)

- Die so genannten „antiretroviralen Medikamente“ wie AZT sind tödlich und ihre Symptome sind mit einigen der AIDS-Symptome identisch.

Unter den „Dissidenten“ finden sich herausragende Forscher der Mikrobiologie, unter anderem: die Nobelpreisträger Walter Gilbert und Karry Mullis sowie Peter Duesberg. Mullis erhielt den Nobelpreis für die Entdeckung der Polymerase Kettenreaktion. Diese Methode ist das tägliche Handwerkzeug derjenigen Wissenschaftler, die an der HIV-AIDS-Hypothese arbeiten. Duesberg ging nach seiner Promotion in Chemie von Deutschland an die University of California in Berkeley, wo er Professor wurde. Dort forschte er lange Zeit über Retroviren, jener Klasse von Viren, denen auch HIV angehört. Er fand das erste Krebsgen in einem Virus. Auf Grund dieser Entdeckung wurde er Mitglied der amerikanischen National Academy of Sciences. Zurzeit hält er sich für einen längeren Forschungsaufenthalt in Deutschland auf. Ich sprach mit ihm in seinem Labor in einer Mannheimer Klinik.

Gespräch von Claus Diem mit Peter Duesberg

Diem: Schildern Sie uns bitte, wie Sie zum Thema AIDS kamen!

Duesberg: Ich kam vor 35 Jahren an die University of California in Berkeley. Dort habe ich mich entschieden, Virologie zu machen und habe mich auf Retroviren konzentriert. Normale Viren töten befallene Zellen innerhalb kurzer Zeit, vielleicht in 8 Stunden. Retroviren hingegen sind Viren, die Zellen nicht töten. Sie sind in dem Sinn Vege-

tarier. Die meisten Viren sind Fleischfresser, die fressen die Zellen auf, machen sie kaputt. Aber die Retroviren nicht, diese koexistieren mit ihnen, ohne sie zu töten. Deshalb wurden sie damals als mögliche Krebserreger untersucht.

Diem: Retroviren bauen ihr genetisches Material in die DNA der Zelle ein. Heißt das, solange das Gen aktiv ist, produziert die Zelle fleißig Viren?

Duesberg: Fleißig kaum, in den meisten Fällen so wenig, dass es nicht einmal nachweisbar ist. Im Menschen hat man noch *nie* freie Retroviren nachgewiesen.

Diem: Zellen mit aktiven Retrovirengen werden vom Immunsystem erkannt?

Duesberg: Ja, die Zelle wird dann mit den Antikörpern inaktiviert. Bevor dies passiert, findet man manchmal wohl ein freies Virus, jedenfalls sagen sie das. Ein Bild davon hat man nie gesehen.

Diem: Erfüllt denn eine Zelle, wenn sie von einem Retrovirus infiziert ist, noch ihre normale Funktion?

Duesberg: Ja, ganz normal. Wir Retrovirologen haben immer nach Relevanz gesucht, aber nie gefunden; erst später dann bei Krebs. Aber es gelang nicht, Retroviren für tödlichen Krebs verantwortlich zu machen. Dann kam AIDS. Und dann kam der Retter Gallo und hat gesagt: Lasst es mal mit dem Krebs, es ist jetzt wenigstens AIDS, jetzt verursacht HIV - ein Retrovirus - AIDS. Da lagen sofort zwei Probleme auf der Hand, die bei der sehr populären Pressekonzferenz² unterschlagen wurden. Das Erste ist, dass ein Retrovirus ja eigentlich keine Zelle töten kann. Das ist ja genau ihre Art, praktisch ihre Definition. Das Zweite ist, dass dieses Virus, dem eine tödliche Krankheit nachgesagt wurde, im Patienten praktisch unentdeckbar war. Besonders von Gal-



Immunschwäche-Syndrom gespräch

mit Peter Duesberg



lo. Das wurde ja der Skandal von Gallo: Er hatte in hunderten Patienten versucht, das Virus zu finden, und am Schluss ist es ihm nur in der Post vom Kollegen Montagnier gelungen.³ Deshalb haben sich die Forscher und die Doktoren und die Durban-Declarater darauf festgelegt, Antikörper zu jagen, anstatt Viren. Das ist nicht gerade das Selbe. Im Gegenteil! Viren lahmlegen, fesseln und neutralisieren, dies ist die Funktion der Antikörper. Danach zu suchen, als einen Grund für eine zukünftige Gefahr, ist zumindest ungewöhnlich. Also von vorne herein war die Hypothese von Gallo mit zwei erheblichen Problemen belastet, deren Lösung mindestens einen oder zwei Nobelpreise verdient hätte. Aber ungelöst ist es einfach nur eine wertlose Hypothese geblieben, so wie viele andere Hypothesen von Gallo, die sowohl vorher als auch nachher gekommen sind. So habe ich gedacht, dass wir hier mit ziemlicher Sicherheit auf der Spur einer neuen Gallo-Boom-und-Bust-Hypothese sind. Ich dachte, jetzt kommt die übliche Diskussion, und die werden mir sagen, „das war ein Irrtum“ oder „wir wissen jetzt, wie man das beantwortet“. Aber hier sind wir nun, 16 Jahre später, und die Antwort steht aus. Neue Fragen sind auch unbeantwortet.

Diem: Die Pressekonferenz, auf der Gallo das Virus HIV vorgestellt hat, stand ja im Zeichen dieses neuen Syndroms, genannt AIDS. Können Sie erläutern, was sich hinter diesem Syndrom AIDS verbirgt und woher der Begriff AIDS kommt?

Duesberg: Der Name des Syndroms, Acquired Immune Deficiency Syndrome, ist etwas täuschend, vereinfacht, als wären alle diese Krankheiten Immunschwächekrankheiten. Das ist nicht ganz ehrlich. Denn von vorne herein war die Signalkrankheit von AIDS, d.h. die auffälligste und spezifischste, das Kaposi Sarkom. Dies ist ein Tumor, der fast nur bei Homosexuellen vorkam und auch heute fast nur bei denen diagno-

stiziert wird. Es gibt inzwischen viele andere Arten von AIDS-Patienten, unter anderem intravenöse Drogenbenutzer, Hämophile (Bluter) und sogar ein paar Frauen. Aber die kriegen alle kein Kaposi. Das sind immer nur die Homosexuellen. Und Krebs ist keine Immunschwächekrankheit. Das Immunsystem ist nicht aktiv gegen Krebs. Außerdem war Dementia (Schwachsinn) sowie Lymphom, das ist eine Art Leukämie, dabei. Das sind keine Immunschwächekrankheiten. Also: Die vereinfachende Gleichung, dass AIDS eine Immunschwächekrankheit ist, war von Beginn an nicht ganz richtig. Andere AIDS-Krankheiten wie Pilzerkrankungen, Pneumocystis, Lungenentzündung und Candida sind hingegen Immunschwächekrankheiten.

Diem: Nach der Entdeckung von HIV hat man eine Korrelation zwischen einer HIV-Infektion und den AIDS-Krankheiten gefunden.

Duesberg: Ich glaube, man könnte sehr gut andere Korrelationen finden. Die zensieren ja vieles weg. Ich habe bis 1993, als noch HIV-freie AIDS-Fälle gemeldet wurden, diese mal gesammelt, und da habe ich in der Literatur über 4.000 Fälle gefunden, die als AIDS diagnostiziert und beschrieben waren, die aber HIV-frei waren. Und bei denen wurden andere Viren verantwortlich gemacht: Cytomegalo-, Hepatitis-, Syphilisviren. 1983 wurde von Gallo HTLV-I, ein Retrovirus, angeboten, das 1984 durch ein anderes, nämlich HIV, ersetzt wurde. Das sind alles seltene Viren, die in den Risikogruppen häufiger vorkommen. Die könnte man alle nehmen.

Diem: Und es gibt Korrelationen zwischen diesen Viren und den AIDS-Krankheiten, die genau so gut sind wie die Korrelation mit HIV?

Duesberg: Ja, in der gleichen Preislage. So gute Korrelationen, dass sie zum Teil dafür verantwortlich gemacht werden.

Diem: Und weshalb hat man dann gerade HIV für AIDS verantwortlich gemacht?

Duesberg: Es musste wohl ein Retrovirus sein. Die anderen waren längst ausreichend bekannt und deren Pathologie war bekannt. Es ist schwer, ein etabliertes Pathogen umzubuchen. Das lassen sich die Orthodoxen nicht gerne bieten. Es steht dann auch in den Lehrbüchern, dass das Virus dies und jenes macht. Dass es dann was anderes macht, ist schwer durchzusetzen. Aber bei einem, das noch unbekannt ist, hat man erst einmal freie Wahl. Und diese Art von Retroviren waren unbekannt, weil sie unentdeckbar waren. Die sind so selten, und selbst wenn sie vorkommen sind sie so inaktiv, in so geringer Zahl vorhanden, dass die Mittel nicht vorhanden waren, sie zu sehen. Heute kann man Sterne mit dem Hubble-Teleskop sehen, die man früher mit keinem Teleskop sehen konnte, weil sie so weit weg und so klein sind. Und so ist es auch in der Virologie. Man kann heute Viren sehen, die früher unmöglich entdeckbar waren, weil sie unter normalen Umständen nie etwas machen können, was man jemals finden würde. Aber das war nun gelungen, die Technologie war gerade zu diesem Zeitpunkt an einem Punkt angelangt, wo man ein völlig latentes Virus finden konnte. Und dann war natürlich die Versuchung unter den Virologen groß zu sagen: „Wir haben ein Fossil gefunden, einen Stern, der 50 Millionen Lichtjahre weg ist, den man mit dem bloßen Auge gar nicht sehen kann, von dem du einen tödlichen Sonnenbrand kriegen kannst. Wir haben natürlich einen tödlichen Virus gefunden!“ Heutzutage ist AIDS ja so definiert, dass der Patient eine von 30 Krankheiten unter der Anwesenheit von HIV-Antikörpern hat. Damit hat man automatisch eine 100-prozentige Korrelation. Diese Korrelation ist nicht natürlich, sondern künstlich. Die sagen: Wenn Du Kaposi hast, dann hast Du nur dann AIDS, wenn Du Antikörper



gegen HIV hast. Wenn Du Kaposi hast, 33 Jahre alt und homosexuell bist und in Soho in New York lebst und so und so viele Risikofaktoren sonst noch hast, wenn Du kein HIV dabei hast, dann interessierst Du uns nicht. Dann gehst Du nach nebenan zu den Kaposi-Leuten. Dann bist Du kein AIDS-Fall für uns. Und damit ist die Korrelation 100%. Das ist eigentlich keine Wissenschaft, das ist Wishful-Thinking, Täuschung.

Diem: Klassischer Weise gilt eine Mikrobe dann als Verursacher für eine Krankheit, wenn die Kochschen Postulate erfüllt sind. Diese lauten folgendermaßen: 1. Die Mikrobe muss in allen Patienten und in allem kranken Gewebe gefunden werden - und zwar in ausreichendem Maß zur Erklärung der Krankheit. 2. Die gereinigte Mikrobe muss isoliert werden und im Labor gezüchtet werden. 3. Die gereinigte Mikrobe muss die Krankheit in einem anderen Wirt auslösen. Im Aufsatz „The Evidence that HIV causes AIDS“⁴ (im Folgenden abgekürzt mit „Evidence“), herausgegeben vom NIH und anderen Organisationen des U.S. Department of Health and Human Services, wird behauptet, HIV erfülle diese Postulate.

Duesberg: Um das erste Postulat zu überprüfen, müsste man AIDS klinisch diagnostizieren, ohne Virologie. Und dann testet man auf das Virus.

Diem: In „Evidence“ wird behauptet, „moderne Kultivierungsmethoden“ hätten es erlaubt, HIV von so gut wie allen AIDS-Patienten zu isolieren.

Duesberg: Dies ist in meinen Augen ein Eingeständnis der Tatsache, dass das Virus in den meisten Fällen kaum nachweisbar ist.

Diem: Weiter heißt es, Polymerase Kettenreaktion (PCR) und andere „sophisticated molecular techniques“ hätten es erlaubt, die Anwesenheit von HIV-Genen in so gut wie allen AIDS-Patienten festzustellen.

Duesberg: „Sophisticated“ war wirklich nicht das, an was Koch gedacht hatte. Er hat ausdrücklich verlangt, dass das Virus in „ausreichendem Maße zur Erklärung der Krankheit“ vorhanden sei.

Diem: Es heißt, HIV infiziere und zerstöre gerade die so genannten T-Zellen. Dadurch breche schließlich AIDS aus.

Duesberg: HIV infiziert nie mehr als etwa eine von 500 T-Zellen. Selbst wenn es diese „zerstört“, bleiben 499 von 500 von HIV unzerstört. D.h., etwas anderes als HIV muss die große Mehrheit der von AIDS Patienten verlorenen T-Zellen zerstören. Außerdem infiziert HIV Darmzellen, Monozyten, Fibroblasten, B-Zellen, dendritische Zellen sowie Affenzellen usw., das HI-Virus wird ja nach dem Patent von Gallo in T-Zellen und anderen Zellen produziert. Und diese Zellen leben seit 15 Jahren und produzieren viel mehr Viren als je im Menschen gefunden wurde, und es geht ihnen sehr gut. Das ist gerade das, was Gallo vor dem Patentbüro beschworen hat, dass seine Zellen nie sterben.

Diem: Zum 3. Postulat.

Duesberg: Das gereinigte Virus müsste in einem Tier oder einem Menschen die Krankheit auslösen. Man hat die Tierversuche gemacht. Man hat Schimpansen infiziert - und keiner von denen hat bisher AIDS bekommen. Sie sind asymptomatisch.

Diem: Nun steht in der Durban-Deklaration, dass es ein so genanntes „Affen-AIDS“ gibt, also einen anderen Virus, der AIDS bei Affen auslöst.

Duesberg: Eigentlich sollte man das von vorne herein rauschmeißen als indiskutabel. Das ist nicht im Rahmen von Kochschen Postulaten. Ein anderes Virus in einem anderen Wirt ist nur noch eine Analogie. Und mit Analogien kann man eigentlich nichts beweisen.

Diem: Welche Krankheiten löst dieses Virus denn aus?

Duesberg: Das wird dabei nie gesagt. Das hat noch nie eine der typischen AIDS-Krankheiten gemacht. Typischerweise bekommen die Affen Fieber und Gewichtsverlust.

Diem: Die Frage ist auch, ob die Krankheiten auftraten, als der Virus aktiv oder latent war.

Duesberg: Die Fälle, die ich gesehen habe, waren akute Virusinfektionen. Ein neugeborenes Tier, das noch keine Antikörper herstellt, wird infiziert - und das Virus kann sich dann sehr leicht darin vermehren. Und was dabei nie gesagt wird: 50% dieser Affenart sind in der Natur mit diesem Virus infiziert -

und die haben alle keine Krankheiten. Ein in der Gefangenschaft als Baby infiziertes Tier ist ein sehr künstliches Modell. Man kann das 3. Postulat auch epidemologisch untersuchen. Da braucht man sich ja nur genügend viele noch unsymptomatische Infizierte vornehmen und diese untersuchen und beobachten, wie häufig und wie schnell die AIDS bekommen. Das wäre das leichteste und billigste Experiment. Ich habe das auch Präsident Mbeki vorgeschlagen: einfach Positive überwachen. Nimmt er Drogen, hat er einen anderen Risikofaktor, ist er positiv, wann kriegt er AIDS? Die haben ja die Latenzperiode immer weiter herausgeschoben. Das ist auch ein *totales* Artefakt. Da gibt es keine Logik zwischen einer Virusinfektion heute und einer Krankheit 10 Jahre später.

Diem: Außer, wenn das Immunsystem sehr geschwächt ist.

Duesberg: Nein, das ist etwas anderes, wenn der Virus etwas gleich macht und nachher wieder macht. Das gibt es. Es gibt primäre und dann sekundäre Infektionen, weil der Virus nicht völlig eliminiert wird, sondern latent werden kann - und dann reaktiviert wird. Aber es gibt *kein* Beispiel für einen Virus, der stets erst 10 Jahre nach der Infektion ein Phänomen hervorruft.

Diem: Und wenn das Immunsystem zerstört ist?

Duesberg: Wenn das Immunsystem schon zerstört ist, kann eine Krankheit manchmal auch zum ersten Mal ausbrechen. Hinzu kommt noch, dass die AIDS Patienten gar keine akute Infektion haben, sondern nur latente Viren oder sogar nur Antikörper. Aber allein die Latenzperiode ist ein *totales* Artefakt. Das basiert auf völlig wilden Annahmen.

Diem: Ein Aspekt vom 3. Postulat ist auch, dass eine Virenerkrankung ansteckend ist.

Duesberg: Es hat in Amerika schon 750.000 AIDS-Patienten gegeben. Alle sind von Ärzten oder Krankenpflegern behandelt worden. Und dabei ist nicht ein einziger Fall in der enormen AIDS-Literatur von einem Arzt, der von seinem Patienten AIDS bekommen hat. Am Anfang wurde immer gesagt, die Helden gegen das tödliche Virus sind die Ärzte und die Prostituierten. Die kämp-



fen an der Front. Und die werden fallen wie die Fliegen. Und dann werden die Heterosexuellen infiziert. Und jetzt, 18 Jahre später: Noch nicht *einer* der Helden ist gefallen. 200.000 Artikel über AIDS sind in „prestigious medical journals“ veröffentlicht worden. Und keines dieser Journals hat einen Aufsatz veröffentlicht, in dem beschrieben wird, dass das Virus einen unserer Ärzte erwischt hat.

Diem: Es heißt, drei Laborarbeiter seien mit HIV infiziert worden und hätten AIDS bekommen.

Duesberg: Schauen Sie mal, wo das veröffentlicht ist. Nirgendwo! Die drei Fälle sind alle aus dem Gallo-Labor. Das Gallo-Labor ist wie Israel vor 2.000 Jahren. Da sind alle Wunder passiert. Da ist das tödliche Virus isoliert worden, der AIDS-Test entwickelt worden und die Todesfälle kommen da auch her.

Diem: Wie viele Menschen sind denn in Amerika mit HIV angesteckt und wie entwickelt sich deren Zahl?

Duesberg: Seit 1985 1 Million.

Diem: Konstant?

Duesberg: Konstant, so konstant wie es gar nicht besser geht.

Diem: Wie groß ist denn der Anteil der Frauen bei den HIV-Infizierten?

Duesberg: Sie implizieren immer, dass der Anteil der HIV-infizierten Frauen natürlich dem Anteil der AIDS-Patienten entspricht. Die AIDS-Patienten sind fast alle in den Risikogruppen und diese bestehen fast nur aus Männern. Aber außerhalb der Risikogruppen ist der Anteil der HIV-infizierten Männer und Frauen völlig identisch. Das belegen die Daten der US-Armee und Daten von den Blutspendern.

Diem: Wie erklären Sie AIDS, wenn Sie nicht an die HIV-Hypothese glauben?

Duesberg: Das Kaposi Sarkom und auch die anderen Krankheiten in den größten Risikogruppen, den Fixern und den Homosexuellen, sind direkt erklärbar durch Drogengebrauch. Es sind chemische Krankheiten. Nur spezielle Homosexuelle sind von AIDS betroffen: solche, die typischerweise Tausende von Sexualpartnern hatten. Und das geht nicht mit Gottes Chemikalien wie Testosteron. Nein, das wird gemacht mit

Nitridinhalaten (Poppers) sowie mit Amphetaminen, mit denen man zwei Tage ohne zu schlafen auskommt. Auch Kokain und Heroin sind dabei und Steroide, die vorher und nachher noch dazu gegeben werden - und alle möglichen Antibiotika, um Infektionen vorzubeugen.

Diem: Was sind eigentlich Nitritinhaltete?

Duesberg: Nitritinhaltete wurden als Medikament gegen Angina Pectoris entwickelt. Es erweitert die Muskulatur - und das löst die Angina Attacke. In den experimentierfreudigen 60ern wurde es von den Amateuren als psychoaktive Droge getestet. Und das hat sich auch bewährt, denn es erweitert auch die Gefäße im Gehirn und macht „high“, wie man so schön sagt. Und besonders für die Homosexuellen hat es sich bewährt, weil es Analsex erleichtert, die Schließmuskulatur wird entspannt. Dann spart man Zeit am Vorspiel und kann mehr Partner bedienen pro Zeiteinheit. Nitrite sind äußerst reaktiv, mutagen und damit wohl auch karzinogen. Sicher ist, dass sie toxisch sind. Sie oxidieren das Eisen im Hämoglobin, und dann kann das Blut keinen Sauerstoff mehr aufnehmen. Dann kommen die Leute blau in die Krankenhäuser und werden mit Sauerstoff am Leben erhalten. Nitrite provozieren Lungenentzündung, weil sie inhaliert werden und die Lunge vergiften. Auch Lungenentzündung ist ja eine der AIDS-Krankheiten. Und die schlimmsten Gifte sind die AIDS-Medikamente. Sobald der Antikörper da ist, fängt die medizinische Orthodoxie an, antivirale Medikamente zu verschreiben, die tödlich sind. Diese Medikamente wie AZT und andere sind alle DNA-Ketten-Terminatoren, die vor 35 Jahren zur Krebs-Chemotherapie entwickelt wurden, um Zellen, die sich vermehren, umzubringen. DNA ist das zentrale Molekül des Lebens: Wenn das zerstört wird, ist es unmöglich weiter zu leben. Bei der Chemotherapie hat man die Hoffnung, dass der schnell wachsende Krebs vor dem Patienten daran stirbt.

Diem: Ist der Angriff der DNA-Terminatoren auf die Zellen so zentral, dass der zerstörerische Effekt bei allen Lebewesen auftritt?

Duesberg: Ja, bei allen.

Diem: Also, wenn der Patient sein Medikament in einen Blumentopf stecken

würde, würde dann die Pflanze auch sterben?

Duesberg: Ja, die würde eingehen. AZT ist tatsächlich ein echtes „Antibiotikum“. Es verdient tatsächlich den Titel. „Antibiotika“ sind in Wirklichkeit nur antibiotisch für Bakterien, aber nicht für Pilze und für uns. Aber DNA-Ketten-Terminatoren sind tatsächlich anti-alles-Leben.

Diem: Wie lange kann man denn so eine Art von Therapie überleben?

Duesberg: Ich bin immer überrascht. Die Krebs-Chemotherapie ist vielleicht etwas härter dosiert, aber sie ist beschränkt auf ein paar Wochen, weil der Patient das nicht länger aushalten kann. Und vielleicht ist AZT gar nicht so toxisch, so dass die Leute im Durchschnitt ein bis zwei Jahre leben. Dann ist es meistens vorbei. Aber da AZT ambulant genommen wird, kommt noch die Frage hinzu, ob die es überhaupt nehmen. Ich kenne genug Leute, die sagen, dass sie die Rezeptur mitnehmen und auch die Mittel, aber dann schmeißen sie sie in die Toilette, denn wenn sie das Mittel nicht abholen würden, dann würden sie die Vergünstigungen, die vom Status AIDS abhängen⁵, verlieren.

Diem: AZT und andere DNA-Terminatoren werden auch „antiretrovirale Medikamente“ genannt. Der Markenname von AZT ist „retrovir“.

Duesberg: Diese Namensgebung ist irreführend, bewusst täuschend.

Diem: Es wird immer noch eine weitere große Risikogruppe für AIDS genannt: Bluter. Es ist allgemein anerkannt, dass heutzutage Bluter wesentlich länger leben als vor 30 Jahren. Hingegen wird behauptet, dass diejenigen Bluter, die Antikörper gegen HIV haben, das sind 75% in Amerika, relativ zu den anderen kürzer leben. Beispielsweise wird in „Evidence“ behauptet, in einer vergleichenden britischen Studie seien ausschließlich Todesfälle in der Gruppe der HIV-positiven aufgetreten.

Duesberg: Und was die dabei nicht sagen ist: Das sind genau die Leute, die mit AZT behandelt worden sind. Die bekommen AZT, die armen Kerle, die positiv sind - und dann sterben sie daran.

Diem: Das ist so in dem konkreten Fall?



Duesberg: Ja, in dem konkreten Fall weiß ich es. Ich habe darauf auch in einem kurzen Aufsatz einmal geantwortet.

Diem: Was sind die spezifischen Merkmale von AIDS bei Kindern?

Duesberg: Fast alle Kinder mit AIDS in Amerika und Europa haben eine Mutter, die intravenöse Drogen nimmt, Junkies. Und Schwangerschaft ist natürlich die schlechteste Zeit für einen Menschen, mit Drogen anzufangen. Und hinzu kommt: Wenn die Mütter heute vom Doktor dabei erwischt werden, dass sie HIV-positiv sind, dann bekommen sie täglich AZT injiziert, in ein sich entwickelndes Kind einen DNA-Terminator.

Diem: Und was ist mit AIDS in der allgemeinen europäischen und amerikanischen Bevölkerung?

Duesberg: Die allgemeine Bevölkerung hat nach der ursprünglichen Definition kein AIDS. Aber auch nach der erweiterten Definition hat die allgemeine Bevölkerung so gut wie kein AIDS. 96 bis 97 Prozent der Fälle sind in den Risikogruppen. Man muss bedenken, dass das Virus, das sonst alles kann, keine eigene Krankheit zu bieten hat. Die AIDS-Krankheiten sind allesamt vorher schon vorgekommen. Und das sind auch die zwei bis drei Prozent an AIDS-Fällen außerhalb der Risikogruppen. Jetzt wollen sie ja erreichen, dass alle Infizierten AZT bekommen, auch in Afrika. Dann haben sie endlich die Explosion von AIDS, die sie immer erhofft hatten.

Diem: Was AIDS in Afrika angeht: Es wird immer gesagt: Dort sterben die Leute an Krankheiten, die dort schon immer präsent waren. Nur früher seien nur die Alten und Unterernährten gestorben, heute stürben junge Leute.

Duesberg: Fragen Sie dann mal nach einem Literaturzitat für die Behauptung, früher sei es anders gewesen. Die haben auch heute überhaupt keine Statistik. Die haben gar nichts. Aus den Zahlen der Weltgesundheitsorganisation WHO kann man aber ablesen, dass weltweit jährlich nur jeder 300ste HIV-Positive AIDS bekommt, nämlich 75.000 von 24 Millionen.

Diem: Am Ende Ihres Buches „Inventing the AIDS-Virus“⁶ fassen Sie Ihre Kritik in drei Punkten zusammen: Peer

review, Kommerzialisierung des wissenschaftlichen Betriebs und Angst vor Viren.

Duesberg: Das Peer Review ist eine der mit verantwortlichen Institutionen, die es möglich machen, so eine Orthodoxie heranzuzüchten und ihr diese Macht zuzuweisen, Minderheiten auszuschließen. Intellektuelle Minderheiten werden einfach verfolgt, eingeschüchtert und entmachtet, wie auch die Durban-Declaration gezeigt hat. Das System beruht darauf, dass in Amerika alle Forschungsanträge von Kollegen begutachtet werden, die wiederum bestellt sind vom National Institutes of Health (NIH), das Oberhauptquartier der medizinischen Wissenschaft in Amerika, ein Monopol. Dort kommt das Geld her, dort werden die großen strategischen Entscheidungen gefällt. Dass AIDS eine Viruskrankheit ist, ist dort entschieden worden. Damit hat sich das NIH und damit die amerikanische Regierung festgelegt. Die Amerikaner sind in der westlichen Welt seit dem II. Weltkrieg unfehlbar. Sie dürfen sich und können sich nicht irren. Genau wie der Papst sich nicht irren kann. Nachdem die nun gesagt haben, HIV verursacht AIDS, war es für die westliche Welt verbindlich und überraschender Weise sogar für die Kommunisten. Die haben das auch bedingungslos mit übernommen. In diesem Sinne haben die Amerikaner wirklich Globalität erreicht. Und die westlichen Politiker und Wissenschaftler folgen dem wie „unser Führer“ davon nur hätte träumen können: ohne jemals nur die leiseste Kritik zu wagen. Vielleicht mal ein Mohr in Afrika, aber alles was groß ist, wird immer „Jawohl!“ sagen und dem Clinton schon von weitem entgegenlächeln. Das NIH bestellt nun die Kollegen zur „Review“. Und die erhalten nun 8 bis 10 Milliarden Dollar pro Jahr ausgehändigt, die sie verteilen dürfen. Die können sich alles leisten! Die können Dich zum Mond schicken, wenn Du eine gute Idee hast, wie HIV AIDS macht. Es gibt nur eine einzige Sache, die sie sich nicht leisten können: Und das ist, Konkurrenten 70.000 Dollar zu geben, um sie zu widerlegen. Damit wären 20, 30 Jahre ihrer Karriere zu Teufel, sie wären lächerlich und in Frage gestellt, falls sie widerlegt würden. Und ihre riesigen Investitionen, in Bezug auf ihre Karriere, aber auch finanzielle Investitionen, wären alle in Gefahr. Die meisten dieser Leute haben Firmen, sind Millionäre. Die können sich alles erlauben, nur keine freie Wissenschaft und keine Herausforderung. Und was die

dann machen, ist ziemlich klar: Sie werden sagen: Das ist eine interessante Frage, aber das ist negativ, und früher hast Du besser gearbeitet, also können wir das „im Moment“ nicht so hoch bewerten, dass Du Geld dafür bekommst. Aber nächstes Mal werden wir Dich sicher gerne wieder dabei haben. So, dann hast Du kein Grant, und wenn Du kein Grant hast, hast Du keine Studenten, und wenn Du keine Studenten hast, hast Du keine Experimente, und selbst wenn Du Experimente zusammenkriegst, werden sie noch mal zensiert von den selben Leuten in den wissenschaftlichen Journals, und dann bist Du in kurzer Zeit eigentlich niemand mehr.

Diem: Sie greifen sowohl die rein staatliche Forschung als auch die Verknüpfung von staatlicher mit privater Forschung an. Ist Ihre Vorstellung also, dass sich der Staat vollständig aus der Forschung zurückziehen sollte?

Duesberg: Ja, auf jeden Fall. Das ist doch längst in der Wirtschaft passiert. Wir würden doch auch kein Monopol a la Sovietunion oder 3. Reich in der Wirtschaft akzeptieren. Wenn der Toyota besser ist als der Mercedes, muss der Mercedes gehen.

Diem: Man argumentiert, der wissenschaftliche Fortschritt käme allen Menschen gleichermaßen zu Gute, und da die Menschen nun mal egoistisch seien, würde private Forschung nicht funktionieren. Die Idee der privaten Forschung sei eben naiv.

Duesberg: Es gibt genügend Beispiele, wo staatliche Forschung eine riesige Katastrophe produziert hat. Pellagra ist ein Beispiel. 20 Jahre hat der Vorläufer des CDC darauf beharrt, dass es eine Infektionskrankheit sei. Zehntausende Amerikaner sind gestorben, bis sich durchgesetzt hatte, dass es eine Vitamin-Mangelkrankheit ist.

Diem: Wie ist denn ihre Meinung zur Rolle der FDA (Food and Drug Administration)?

Duesberg: Das CDC, NIH, FDA - alle sind sie Devisions vom Department of Public Health and Human Services. Das sind alles militärische Organisationen mit militärischen Rängen und Befehlsstrukturen. Diese Institutionen haben sich vielleicht zu einer gewissen Zeit verdient gemacht. Aber nach dem II. Weltkrieg war für sie nichts mehr zu holen. Und da haben sie eine Infekti-



onskrankheit nach der anderen an die Wand gemalt, so wie der Schwarzkopf Krieg gegen Saddam Hussein in der Wüste führen muss, weil der Rommel nicht mehr da ist.

Diem: Das heißt, sie würden diese Institutionen einfach abschaffen?

Duesberg: Absolut!

Diem: Wie ist denn das allgemeine wissenschaftliche Klima in Deutschland im Vergleich zu dem in Amerika?

Duesberg: Ich glaube, es ist toleranter.

Diem: In Deutschland?

Duesberg: Ja, ich glaube ja. Und zwar, weil es weniger organisiert ist, nicht so zentralisiert.

Diem: Es ist doch erstaunlich, dass das amerikanische System, von dem man glauben könnte, es sei offener als das deutsche, mit all den privaten Hochschulen, letztendlich doch vollkommen vom Staat abhängt.

Duesberg: Komplet! Ich habe darüber früher nie nachgedacht, als ich selbst in der Orthodoxie schwebte. Aber das deutsche System ist anders, weil es dezentralisiert ist. Das deutsche System ist von den Alliierten dezentralisiert worden. Beispielsweise hat mich mein Gastgeber in Deutschland, Herr Prof. Hehlmann, mehrfach eingeladen, in einer von ihm herausgegebenen AIDS-Zeitschrift zu schreiben. Das hätte sich ein amerikanischer Professor in dem Stand kaum leisten können. Das Peer-Review-System hätte ihm die Grants gesperret.

Diem: Bietet das amerikanische System nicht doch deshalb eine gewisse Offenheit, weil es dann doch unabhängige Institutionen zulässt, weil es Privatinitiative gibt? Man muss das staatliche Geld ja nicht nehmen. Man kann ja auch Forschung mit privatem Geld machen.

Duesberg: Ja, was denken Sie denn, was ich seit Jahren mache? Aber deshalb bin ich ja auch hier in Deutschland: Weil ich nicht alle Pipetten zäh-

len will, die ich benutze.

Diem: Gibt es inzwischen eine Gegenbewegung zum AIDS-Establishment?

Duesberg: Eine Gegenbewegung ist ja gar nicht mal das Ziel. Alternative Hypothesen zu formulieren, ist Teil der wissenschaftlichen Methode. Besonders wenn eine Hypothese nichts produziert und nichts erklären kann. Also sagen wir mal, ich hätte einen Studenten, der hätte 18 Jahre an der HIV-Hypothese gearbeitet und mittlerweile 90 Milliarden Dollar ausgegeben und noch keinen Patienten geheilt. Dann würde ich sagen: „Es ist jetzt höchste Zeit, dass Du, mein Freund, vielleicht eine bessere Hypothese findest. So kannst Du keinen Doktor kriegen. Du hast kein Medikament, keine Impfung. Du gibst 200.000 Leuten AZT, die sind vermutlich alle von Dir vergiftet!“ Und genau das geht einfach nicht, weil die keine andere Meinung zulassen. Das ist absolut unwissenschaftlich. Wenn Sie sich einen neuen Eisschrank kaufen, werden Sie ganz wütend, wenn nur ein Produkt angeboten wird. Da wollen Sie das Billigste und das Beste haben. Das wollen sie in der Wirtschaft, in der Politik sehen. Aber wenn es um die Wissenschaft geht, kommen auf einmal so religiöse Gefühle auf: „Das ist das Vaterland, das ist unser Gott...“

Diem: Glauben Sie nicht, dass 90 oder 99 Prozent der AIDS-Forscher, die vom NIH bezahlt werden, ehrenwerte Ziele haben?

Duesberg: Am Anfang schon.

Diem: Die Leute argumentieren scheinbar sehr moralisch: Wenn Sie sich durchsetzen, könnte ja die Prävention gegen AIDS ins Stocken geraten. Dann würden viele Leute sterben.

Duesberg: Das ist eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist, dass jedes Jahr 200.000 weniger sterben würden, nämlich die, die alle 6 Stunden AZT bekommen, im Namen einer Hypothese, die bisher unbeweisbar blieb. Der Vorwurf mir gegenüber wäre, ich würde das verteidigen, was Gott seit 3 Milliarden Jahren erfolgreich propagiert: unsafe Sex,

was der alleinige Grund dafür ist, dass heute 6 Milliarden Leute leben. Und mir wird dann angelastet, dass es einfach so weitergeht, wie es in den letzten drei Milliarden Jahren gegangen ist, und zwar ziemlich erfolgreich. Und auf der anderen Seite steht das Risiko, ob Chemikalien, die 10, 20, höchstens 30 Jahre alt sind, injiziert werden sollen, die bisher noch nie etwas Positives gebracht haben, im Namen einer Hypothese, die von einem Mann - Gallo - stammt, der sogar schon einmal wegen wissenschaftlichen Fehlverhaltens verurteilt wurde.

Diem: Herzlichen Dank für dieses Gespräch!

Duesberg: Danke gleichfalls!

Anmerkungen:

1 Siehe www.durbandeclaration.org.

2 Am 23.4.1984 hielten Gallo und sein Arbeitgeber, das Department of Health and Human Services, eine Pressekonferenz ab, in der HIV als der Verursacher von AIDS der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dies war eine Woche, bevor der entsprechende Artikel in der Fachzeitschrift „Science“ erschien. Ein ungeschriebenes Gesetz unter Wissenschaftlern besagt, dass ein neues Resultat zuerst den Kollegen vorgestellt wird, so dass diese die Möglichkeit haben, auf mögliche Fehler oder Probleme hinzuweisen.

3 Das HI-Virus wurde 1983 vom Franzosen Montagnier entdeckt. Dieser schickte Proben seiner Viren an Gallo. 1984 behauptete Gallo, den Virus auch schon 1983 entdeckt zu haben. Beim Vergleich der veröffentlichten genetischen Sequenzen stellte sich heraus, dass die beiden Sequenzen so ähnlich waren, dass die Viren vermutlich von Viren in dem selben Patienten kamen. Gallo antwortete, dass er nicht in der Lage gewesen sei, das französische Virus in seinem Labor zu züchten. Er spekulierte, dass die Viren wohl von Patienten kamen, die Sexualpartner waren. Später gab er zu, dass die beiden Viren ununterscheidbar waren und dass eine Reihe von Laborunfällen alle seine anderen Isolate zerstört hätten. Die falsche Behauptung, nicht in der Lage gewesen zu sein, das französische Virus in seinem Labor zu züchten, führte 1992 zu einer Verurteilung wegen wissenschaftlichen Fehlverhaltens (scientific misconduct) durch eine Jury aus Mitgliedern des NIH und der National Academy of Sciences. Gallo focht die Verurteilung an, und da ihm kein Vorsatz nachgewiesen werden konnte, wurde er schließlich freigesprochen.

4 U.S. Department of Health and Human Services: „The Evidence that HIV causes AIDS“, siehe <http://www.niaid.nih.gov/factsheets/evidhiv.htm>.

5 In den USA haben AIDS-Patienten Anspruch darauf, offiziell als behindert (disabled) zu gelten. Dies heißt insbesondere, dass ihre Arztrechnungen von „Medicare“ und „Medicaid“ bezahlt werden. Ferner ist es verboten, gegen Behinderungen zu „diskriminieren“.

6 Duesberg, P.: Inventing the AIDS-Virus, Regenery, Washington, D.C., 1996.

Claus Diem., Dipl.-Math., Jg. 1972, promoviert zurzeit in Mathematik am Institut für Experimentelle Mathematik in Essen über ein Thema aus der Kryptographie, Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Peter Duesberg, Prof. Dr., Jg. 1936, ist Professor für Molekularbiologie und Zellbiologie an der University of California in Berkeley, Pionier der Retrovirenforschung, Entdecker des ersten Krebsgens, Mitglied der National Academy of Sciences.



Die „Religiöse Rechte“ doch liberal?

Betr. Leserbrief von Nils Kassube in ef Nr. 10.

Wenn der baptistische Pastor Pat Robertson ein feministisches Programm als „das einer sozialistischen und familienfeindlichen Bewegung, die Frauen ermutigt, ihre Männer zu verlassen, ihre Kinder umzubringen (damit ist die antiliberalen Lebens- und damit Freiheitsvernichtung durch Abtreibung gemeint, U.M.), Hexerei zu betreiben, den Kapitalismus zu zerstören und Lesbierinnen zu werden“ (alle Zitate nach Kassubes Leserbrief - Übersetzung jeweils U.M.), bezeichnet, widerlegt dies keinesfalls, sondern bestätigt gerade die Richtigkeit meiner Behauptung einer weitgehenden Übereinstimmung, ja weitgehenden Identität, zwischen Evangelikalen (konservativen Protestanten) und antisozialistischen Minimalstaatlern: Feministische (oft nebenbei „Hexerei“ wortwörtlich befürwortende) politische Forderungen und Sozialismus sind in der Tat nicht nur beide jeder für sich schon antiliberal, sondern im Regelfall auch noch engste politische Verbündete. Robertsons Aussage, „sie haben uns in Unterdrückung gehalten, weil sie von der Trennung von Kirche und Staat redeten. Es gibt so etwas in der Verfassung nicht. Es ist eine Lüge der Linken und wir werden das nicht länger hinnehmen“, bedeutet im amerikanischen Kontext keineswegs, dass Robertson Kirchensteuern, Zuschüsse zu Kirchenbauten oder Pastorengehälter etc. im deutschen Sinne fordert, die die US-Verfassung in der Tat verbietet und auch Robertson nicht will. „Trennung von Kirche und Staat“ ist statt dessen der Kampfbegriff der US-Linken, um religiöse Privatschulen, Hochschulen etc. von jener Förderung auszuschließen, die die sozialisierten staatlichen Schulen etc. genießen und die alle - auch evangelikale - Steuerzahler finanzieren müssen. Robertsons Frage, „Wie kann Frieden herrschen, wenn Alkoholiker, Drogenhändler, Kommunisten, Gottlose, ‚New Age‘, Teufelsanbeter, religionslose ‚Humanisten‘, unterdrückende Diktatoren, gierige Geldwechsler (damit meint Robertson wohl Profiteure des sozialistischen Währungssystems, U.M.), revolutionäre Mörder, Ehebrecher und Homosexuelle an der Spitze sind?“, macht überhaupt keine Aussage für oder gegen den Liberalismus, sondern zeigt Robertsons - meines Erachtens überspitzte - Meinung, wessen Sünden die von ihm andernorts als sozialistisch (antiliberal) kritisierten Verhältnisse verursachen. Dass Kassube offenkundig selbst irgendwie antiliberal ist (jedenfalls einen anderen Liberalismusbegriff als liberale Minimalstaatler vertritt), zeigt seine Aussage, dass die Southern Baptist Conven-

tion wegen deren Boykottaufruf gegen die schwulenfördernde Firma Walt Disney nicht liberal sei: Kundenboykott ist doch Ausübung unliberaler Rechte, keinesfalls antiliberal! Antiliberal ist aber Kassubes Ablehnung der Forderung, dass neben der Evolutionslehre auch die Bibel und damit deren Schöpfungslehre im Biologieunterricht gelehrt werden soll, was bei der von der „religiösen Rechten“ ja geforderten Privatisierung des US-Schulsystems im Übrigen sowieso nur die konservativen evangelischen und jüdischen Schulen beträfe. Dass die biblische Schöpfungslehre nicht weniger wissenschaftlich ist als die Evolutionslehre und eben gerade nicht - wie Kassube meint - Grimms Märchen entspricht, kann Jeder Schriften der evangelikalen und sehr marktwirtschaftlichen Wissenschaftlerorganisation „Wort und Wissen“, T. 07442-81006, Fax 81008, e-mail R.Junker@Wort-und-Wissen.de, entnehmen. Aus evangelikalen Schriften kann Jeder Argumente gegen Kassubes abschließende Gleichsetzung von Rationalismus (Ablehnung religiöser Erkenntnis) mit Vernunft (dem Richtigen, dem Sinnvollen) entnehmen: Für den Liberalismus als wohl am Ehesten richtiger, sinnvoller Politik, schaffen Evangelikale (calvinistische, baptistische) sowie ähnliche Kirchen jedenfalls historisch und auch heute nachweislich die vergleichsweise besten Voraussetzungen, während Gottlosigkeit oder andere Religionen gerade antiliberalen Staaten - nicht immer, aber meist - eher fördern. Denn mehr oder weniger calvinistisch sind die Schweiz, die USA und - abgeschwächt - andere angelsächsische Länder sowie die Niederlande. Eher katholisch, moslemisch, atheistisch (Ostblock), orthodox (zum großen Teil auch lutherisch) geprägte Länder sind bis heute dagegen meist weniger liberal. Und alle Wählerbefragungen zeigen, dass evangelikale Wähler selbst in den mehr oder weniger kapitalistischen Ländern weit eher pro-kapitalistische Parteien wählen als Andersreligiöse und Atheisten.

Ulrich Motte
München

Demokratie als Ideal? Nein Danke!

Betr. Artikel „Von Wahrheit und Freiheit!“ von Bernhard Bartmann in ef Nr. 10.

Es ist zu schade, dass Bernhard Bartmann sein ansonsten so exzellentes Essay „Von Wahrheit und Freiheit!“ dadurch im Wert schmälert, dass er sich wiederholt auf das „Ideal des demokratischen Staates“ bezieht. Weiß er nicht, dass „freiheitliche Demokratie“ ein Oxymoron wie „grausame Güte“ ist?

Er schreibt: „In einmütiger Übereinstimmung akzeptiert nun das ‚deutsche Volk‘ diese Grundrechts- und Freiheitsberaubung für die Familien und deren Kinder.... Und das in einer seit 50 Jahren bestehenden ‚freiheitlichen‘ Demokratie!“ Fakt ist, dass sich „das deutsche Volk“ zum großen Teil in dieser Lage befindet, nicht trotz, sondern gerade wegen des demokratischen Staates. Desweiteren schreibt Bartmann: „Der ... Kern dieses Landes, um den sich Gesinnung und Verhalten der Menschen konzentrisch ausbreiten, ist undemokratisch, totalitär und tödlich!“ In Wahrheit ist es totalitär und tödlich, weil es demokratisch ist. Lassen Sie mich dazu einige Männer zitieren, deren Wissen wir diesbezüglich vertrauen dürfen. Ed Burke: „Die Tyrannei der Mehrheit ist die vermehrte Tyrannei.“ Samuel Adams: „Niemand gab es eine Demokratie, die keinen Selbstmord beging.“ Alexander Hamilton: „(Die antiken Demokratien:) ... Ihr Charakter war Tyrannei; ihre Gestalt Deformation.“ James Madison: „Demokratien waren immer turbulente und streitsüchtige Spektakel, waren immer unvereinbar mit persönlicher Sicherheit oder dem Recht auf Eigentum.“ Oscar Wilde nannte schließlich die Demokratie „die Erpressung des Volkes durch das Volk für das Volk.“ Es gibt eine Staatsform (sofern man unbedingt einen Staat errichten möchte), welche überaus erfolgreich über mehr als einhundert Jahre bestanden hat. Sie existierte hier in den USA, bevor unsere Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Demokratie degenerierte. Es war - natürlich - eine Republik, welche John Adams definierte als „eine Regierung des Gesetzes - nicht der Menschen“.

Geb Sommer
Lexington (South Carolina), USA

Diskussion über Eigentum von und an Kindern steht aus

Betr. Behandlung des Schwerpunktthemas in ef Nr. 10.

Die letzte Ausgabe von ef widmete sich offiziell dem Thema „Kinder“, eigentlich ging es aber mehr um andere Themen, vor allem Bildung. Für eine wirkliche Themenausgabe über Kinder fehlten Beiträge, die sich mit diesen auseinandersetzen. Interessant wäre eine Diskussion des Eigentums an bzw. von Kindern gewesen: Sind diese Eigentum ihrer Eltern? Haben sie ein Eigentum an sich selbst (und damit daraus ableitbare Rechte)? Wann beginnt das eine und wann das andere? Neben einer interessanten Abtreibungsdiskussion, die je nach Standpunkt in völlig un-



terschiedliche Richtungen gehen könnte, würde man damit eventuell auch argumentatives Rüstzeug gewinnen, um in meinen Augen unerträglichen christlich-fundamentalistischen Beiträgen entgegen treten zu können, wie sie Helmut Sticher zum Besten gegeben hat. Stichers Tirade gegen die Verderbtheit des Schulsystems offenbart hier nämlich ein völlig illiberales Bildungsverständnis: Seine Heimschulen verfolgt er nur deswegen, weil er Kinder als Eigentum ansieht - und er sich die Freiheit herausnehmen möchte, sie so zu indoktrinieren,

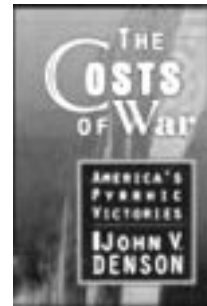
wie er es für richtig hält. Hier wirft sich die Frage auf, die André F. Lichtschlag in anderem Zusammenhang so schön mit der „Verinnerlichung der libertären Moral“ beantwortet zu haben glaubt, der jedoch mit Worthülsen nicht zu entgegnen ist: Wo endet in einer libertären Gesellschaft die Freiheit, wenn Erwachsene die ihre nutzen, um andere - nämlich hier ihre Kinder - in dieser zu beschneiden und sie für den Rest ihres Lebens zu unfreien Lebewesen zu machen, die im Gefängnis einer doktrinären Heilsideologie gefangen worden sind? Welche

Antworten hat ein libertäres Bildungssystem, der Freiheits- und Eigentumsbegriff für Kinder, auf diese Frage? Beiträge a la Sticher werfen diese Fragen automatisch auf. Leider sind sie in der Themenausgabe in Bezug auf ihre grundsätzliche auch theoretische Untermauerung nicht beantwortet worden. Es wäre schön, wenn sich dies im Verlaufe einer anschließende Diskussion ergeben würde.

Dirk van den Boom
Saarbrücken

Der Krieg als Feind der Freiheit

von Erich Weede



John V. Denson
(ed.):
The Costs of War:
America's Pyrrhic
Victories.
New Brunswick,
New Jersey 1999.
ISBN:
0-7658-0487-5
535 Seiten.

An der „Costs of War“-Konferenz in Atlanta 1994 teilgenommen und zu diesem Sammelband beigetragen haben vorwiegend Historiker, Juristen, Ökonomen und Sozialwissenschaftler, die dem „Ludwig von Mises Institute“ in Auburn, Alabama, verbunden sind. Die 20 Beiträge von 18 Autoren sind - wie meist bei Sammelbänden - recht heterogen. Der Versuch, alle Beiträge einzeln zu würdigen, wäre nur ermüdend. Das soll hier unterbleiben. Statt dessen will ich versuchen, den theoretischen Kern des Sammelbandes herauszuarbeiten und die wichtigsten Argumente mit Verweisen auf historische oder quantitative Daten und Analysen zu stützen oder auch in Frage zu stellen.

„Political correctness“ praktizieren die Autoren zweifellos nicht. Gängige Interpretationen der amerikanischen Geschichte als Geschichte der erfolgreichen Verteidigung der Freiheit finden in den Augen der Autoren dieses Buches keine Gnade. Statt dessen entsteht ein düsteres Bild, das in einer ersten Annäherung so zusammengefasst werden kann: Erstens gefährdet der Krieg immer die Freiheit. Zweitens mildert ein militärischer Sieg die Gefahren für die Freiheit nicht im Geringsten. Obwohl die Botschaft des Bandes da nicht explizit genug ist, entsteht doch der Eindruck, dass siegreiche Kriege eine noch größere Gefahr für die Freiheit als verlorene bedeuten. Drittens erreichen idealistisch oder humanitär motivierte Kriege ihre Ziele ohnehin nicht. Joseph Stromberg (S. 194) hat das sarkastisch mit folgender „Gesetzmäßigkeit“ umschrieben: „There is virtually no situation anywhere in the world that can't be made worse by U.S. intervention.“

Das bedeutet nicht, dass der Sammelband eine pazifistische Botschaft vermittelt. Wie am deutlichsten Murray Rothbard ausführte, gibt es in der amerikanischen Geschichte zwei gerechte Kriege, aber nicht mehr als diese. Gerechte Kriege wenden sich gegen Zwangsgewalt und Fremdherrschaft. Das gilt für den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg von 1775 gegen die britische Krone und für den fehlgeschlagenen Versuch des Südens, sich 1861 vom Norden los zu sagen und einen unabhängigen Südstaat zu gründen. Casus belli war in beiden Fällen der Versuch der Zentralgewalt, einer Region als unerträglich empfundene Abgabenlasten aufzubürden. Vor dem amerikanischen Bürgerkrieg war es vor allem das Interesse des Nordens an einer protektionistischen Zollpolitik, die dem Süden nur die Wahl lassen sollte, entweder zu teure Industrieprodukte aus dem Norden zu beziehen oder beim Kauf britischer Produkte die Kassen des nördlich dominierten Zentralstaates zu füllen.

John Denson, Richard Gamble, Murray Rothbard und Clyde Wilson weisen alle die Interpretation des amerikanischen Bürgerkriegs als edlen Versuch des Nordens, die Sklaverei im Süden zu überwinden, zurück. Das ist historisch nicht stimmig, weil Lincoln in der Sklavenfrage viel kompromissbereiter als in der Zollfrage war. Wie das britische und französische Kolonialreich oder Brasilien zeigen, konnte die Sklaverei anderswo auch ohne blutigen Bürgerkrieg überwunden werden. Wenn der Krieg des Nordens gegen den Süden ein idealistischer Einsatz gegen die Sklaverei war, warum wurde den freigelassenen Sklaven im Gegensatz zu Weißen keine „homestead“, also Farmland,

im Westen zugewiesen (Wilson, S. 165)? Der amerikanische Bürgerkrieg hat 620.000 Menschenleben gekostet, die Sklaven befreit und vorübergehend ganz massiv die Freiheit der Menschen im Norden und (wesentlich länger) im Süden begrenzt. Wichtigster Effekt des Bürgerkrieges aber war eine faktische Verfassungsänderung. Vorher ging man vom Sezessionsrecht der Einzelstaaten aus, hinterher nicht mehr. Der Zentralstaat war stärker geworden, Individuen und Einzelstaaten waren schwächer geworden. Schon Ludwig von Mises (vgl. die Zitate auf S. XXVII) hatte darauf hingewiesen, dass starke Zentralstaaten an sich eine Gefahr für den Frieden sind. Der so gestärkte amerikanische Staat hat das kurz vor Ende des 19. Jahrhunderts mit dem spanisch-amerikanischen Krieg, der Annexion Puerto Ricos und der Philippinen (gegen den Willen einer aufständischen Bevölkerung) illustriert. Der aus dem Bürgerkrieg gestärkt hervorgegangene amerikanische Staat hat zwar das Privateigentum an Sklaven überwunden, aber auch die staatliche Kontrolle über fremde Völker gegen deren Willen vorangetrieben (vgl. Stromberg, S. 199).

Der nächste Meilenstein auf dem Weg der Beschränkung der Freiheit der Bürger ist die amerikanische Beteiligung am 1. Weltkrieg, wie vor allem Ralph Raico und Murray Rothbard, aber auch Robert Higgs in ihren Beiträgen herausarbeiten: Wehrpflicht, Kriegssozialismus (massive Einkommensteu-ererhöhung, Eingriffe in Vertragsfreiheit und private Eigentumsrechte, Preiskontrollen, steigende Staatsquoten) statt Laissez-faire, Aufbau einer Bürokratie und damit Schaffung der Ausgangsbasis für den „New Deal“



in den 30er Jahren, zunehmende Bereitschaft zu staatlicher Gängelung von Individuen, was sich später u.a. auch in der Prohibition äußerte. „Pietistische“ protestantische Intellektuelle haben dabei die Ausbreitung des Feldes staatlicher Zuständigkeit wesentlich gefördert. Wenn der Staat über die Wehrpflicht zwecks Kriegsführung in einem fernen Kontinent und nicht etwa zur direkten Landesverteidigung (denn ein deutscher Angriff auf Nordamerika wäre trotz des unglückseligen Zimmermann-Telegramms damals nicht machbar gewesen) junge Männer dazu verurteilen darf, ihr Leben zu riskieren, wie können dann noch andere staatliche Übergriffe gegen die Menschen und ihr Eigentum abgewehrt werden?

Der 2. Weltkrieg wird in diesen Band nicht so ausführlich wie der 1. Weltkrieg behandelt, eigentlich nur in Ralph Raicos Kritik an Churchill. Wenn es schon im 1. Weltkrieg Wehrpflicht und Kriegstote, Kriegssozialismus und Freiheitsbeschränkungen gab, im 2. Weltkrieg wurde das alles noch schlimmer, wie z.B. die Masseninternierung von Amerikanern japanischer Abstammung wegen Zweifeln an ihrer Loyalität illustriert. Weniger in den USA, stärker in Großbritannien, hat die Kriegserfahrung über den Beveridge Report auch direkt in den Wohlfahrtsstaat geführt. Trotz Strombergs oben zitierter „Gesetzmäßigkeit“ findet man die Würdigung der weltpolitischen Effekte der amerikanischen Weltkriegsinterventionen eher zwischen den Zeilen als ausführlich behandelt. Wenn man einen Zusammenhang zwischen dem Versailler Vertrag, Deutschlands Reparationen und Hitlers Machtergreifung sieht, dann wird man zumindest feststellen müssen, dass Amerikas erste Weltkriegsbeteiligung in Mitteleuropa keine positive Weichenstellung zur Folge gehabt hat. Im 2. Weltkrieg wurde ein grausamer Diktator u.a. mit Hilfe eines anderen grausamen Diktators geschlagen. Der ließ sich

dann 1945 mit der Abrundung seines Reiches dafür bezahlen. Spätestens die Kriege in Korea und Vietnam haben gezeigt, dass Amerika in den vorhergehenden Weltkriegen eine problematische Politik des „dauernden Kriegs für einen dauerhaften Frieden“ begonnen hat. Wenn diese Charakterisierung der amerikanischen Politik im 20. Jahrhundert nicht ganz abwegig ist, dann muss die Frage nach der Friedfertigkeit von Demokratien aufgeworfen werden, was Paul Gottfried und Hans-Hermann Hoppe in ihren Beiträgen auch tun. Gottfried (S. 429) verweist auf „a perpetual administrative intrusion into the lives of progressively disempowered citizens“. Vergangene Kriege haben dazu beigetragen. Künftige Kriege werden zeigen, was dieser zunehmende Freiheitsverlust für die Menschen noch alles bedeuten kann. Hoppe geht weiter. Er begründet, warum demokratische Regierungen ein geringeres Interesse an niedrigen Steuern, Rechtssicherheit oder Frieden haben als Monarchien. Er (S. 492) fordert die Delegation der Demokratie und hofft, private Eigentumsrechte in immer schwächeren und kleineren politischen Einheiten schützen zu können.

Die Radikalität des hier vorgetragenen Angriffs auf das beiderseits des Atlantik „politisch korrekte“ Geschichtsbild zwingt zur Stellungnahme. Hier habe ich ein grundsätzliches theoretisches und jedenfalls bei Hoppe ein ebenso grundsätzliches methodologisches Problem. Den besten Zugang zum theoretischen Grundproblem liefert der im vorliegenden Sammelband nur am Rande behandelte kalte Krieg zwischen dem Sowjet-Block und der Freien Welt. Wie die libertären Autoren des Bandes stehe ich den existierenden westlichen Steuer- und Wohlfahrtsstaaten kritisch gegenüber. Aber *vergleichen* mit dem bis 1989 existierenden Sowjet-Block sind die Zustände im real existierenden Westen gerade aus libertärer Sicht

sehr, sehr viel erfreulicher. Man kann sicher darüber streiten, wie lange sich Amerika auf den Schutz zweier Ozeane verlassen konnte, aber *spätestens* mit dem Atomzeitalter und dem Kalten Krieg ist das anders geworden. Auch wenn die Beiträger des Sammelbandes Recht damit haben, dass Kriegsbeteiligung die Freiheit gefährdet, folgt daraus *nicht*, dass eine Neutralitätspolitik der *relativ* freiesten Großmacht der Sache der Freiheit dient. (Damit will ich nicht „perpetual war for perpetual peace“ empfehlen, aber eine Rezension ist nicht der Ort zur ausführlichen Darlegung der eigenen politischen Position.)

Meine methodologischen Bedenken treffen zwar nicht nur, aber vor allem Hoppes Beitrag. Dass er unorthodoxe Hypothesen über die Effekte der Demokratie entwickelt, ist zunächst einmal erfreulich, weil „political correctness“ ja keine Wahrheitsgarantie vermittelt. Aber auch „unorthodoxe“ oder „politisch unkorrekte“ Hypothesen müssen überprüft werden. Gerade zum demokratischen Frieden gibt es inzwischen eine Vielzahl quantitativer Studien, die in ihrer überwältigenden Mehrheit zeigen, dass *unter* Demokratien das Kriegsrisiko geringer als anderswo ist. Diese gerade in den USA seit fast zwei Jahrzehnten intensiv verfolgte Forschungstradition zum demokratischen Frieden nicht mal ansatzweise mit bedacht zu haben, halte ich für ein schwerwiegendes Defizit des vorliegenden Sammelbandes. Ohne Überprüfung von Hypothesen gibt es keinen wissenschaftlichen Fortschritt. Wie man das macht, hätte hier bedacht werden müssen. Aber ohne neue Ideen gibt es auch keinen Fortschritt. Neue, d.h. „politisch unkorrekte“ Ideen haben die Autoren dieses Bandes im Überfluss. Deshalb wünsche ich diesem Buch viele Leser, auch solche mit einem Interesse an systematischer Überprüfung, also Falsifikationisten.

KASTNER

**Frau Sommerloch
- die ewige Treuhand**

Birgit Breuel hat es wieder geschafft! Sie hat allen nochmals gezeigt, was politischer Wille vollbringen kann: erst die Treuhand, jetzt die EXPO. Sie hat das politisch Mögliche möglich gemacht und den vollkommen hirnrissig verbratenen Milliarden nochmals einen Werbeetat von 70 Millionen hinzugefügt.

Die Welt ist ungerecht. Mit politischen Augen gesehen hat Frau Breuel einfach das Pech, im falschen Jahrhun-

Die Michael-Kastner-Kolumne, exklusiv in *eigentlich frei*

dert geboren worden zu sein. Wenn jemand wie sie vor zweihundertfünfzig Jahren merkantilistische Politik betrieben oder völlig überflüssige Bauten in die Landschaft gesetzt hätte, dann wäre das einige Hofbälle wert gewesen. Heutzutage müssen Pracht- und Protzanlagen wie die EXPO dem Pöbel geöffnet werden - und der ist undankbarerweise nicht einmal bereit, dahin zu kommen.

Ein Privileg hat jedoch überlebt: Bezahlen muss das Volk.

Wer meint, das war's dann endlich, hat

wenig Ahnung vom politischen Geschehen. Auch die EXPO muss nach Ablauf abgewickelt werden. Und wer wäre da besser geeignet als Birgit Breuel?

Am Horizont eröffnen sich bereits neue Chancen: Nachdem sich Schröder und Schily massiv für die Fußballweltmeisterschaft eingesetzt haben, Milliarden in den Ausbau deutscher Fußballstadien zu stecken, scheint sich auch hier ein Unternehmen abzuzeichnen, welches einer Birgit Breuel würdig ist.

Getreu dem Motto: Dabei sein ist alles.



Übergeschnappt „Aufgeschnapptes“ aus der Politik

Der blanke Blair

London, 17.07.2000 (Lichtschlag): Die Veröffentlichung eines streng vertraulichen Papiers des britischen Premierministers Tony Blair, in dem dieser den „Image-Verlust“ seiner Regierung beklagt, sorgt für Aufregung an seinem Amtssitz. Interne Ermittler und die Polizei bemühen sich, die undichte Stelle in der nächsten Umgebung des Regierungschefs zu finden. In dem Papier fordert Blair – nun peinlich über das Bekanntwerden berührt – seine Mitarbeiter auf, unverzüglich „eine Reihe von medienwirksamen Aktionen“ zu entwickeln, mit denen „der Bevölkerung wieder das Gefühl gegeben werden“ könne, dass „die Regierung auf Seiten des einfachen Mannes“ sei.

afl: Und immer noch glauben Einige, dass es Politiker doch gut meinen und aufopferungsvolle Altruisten seien... Danke, Tony, für diese Offenbarung: Politiker wissen nur zu gut, dass ein heuchlerisches und schein-

heiliges Schauspiel der Preis der demokratischen Macht ist! Oder sollten etwa Gerhard Schröder oder Bill Clinton aufrichtiger und altruistischer sein als Tony Blair?

Ein Grüner als Rassist

Berlin, 05.08.2000 (Lichtschlag): Nach einer Welle ausländerfeindlicher Gewalttaten grassiert in Deutschland ein ungewohnter politischer Aktionismus „gegen Rechts“, nach dem Motto „Wer schweigt, macht sich mitschuldig“. Kein etablierter Politiker schweigt deshalb. Die unliebsame Konkurrenz durch die Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) soll möglichst kurzerhand verboten werden, obwohl die meisten Taten in keinerlei Zusammenhang mit einer politischen Partei stehen. Den wohl originellsten Vorschlag gegen „rechte Gewalt“ macht der Vizeregierungschef aus NRW, der Grüne Michael Vesper: Neben dem Polizei-Notruf 110 solle doch eine zusätzliche bundesweite Rufnummer installiert werden, speziell für ausländerfeindliche Übergriffe.

afl: Da sollen sich also Ausländer bei bestimmten Straftaten gesondert melden! Einerlei, ob Vesper meint, dass ihnen dadurch besser und schneller zu helfen sei (dass also die Polizei andere Straftaten weniger prio-

ritär zu behandeln habe) oder ob Ausländer schlechter und langsamer behandelt werden müssten (die neue Rufnummer wäre dann die zweite Wahl, die nach den 110-Rufen ansteht), in jedem Fall, ob mit positivem oder negativem Vorzeichen; Vesper ist offensichtlich ein Rassist!

Aber eins, das bleibt bestehen: Ladenschließungszwang

Berlin, 07.08.2000 (Lichtschlag): Immer mehr Politiker fordern eine „weitere Liberalisierung“ der Ladenöffnungszeiten. Aus offen zugegebener Angst vor den gewerkschaftlichen und kirchlichen Fundamentalisten bleibt dabei „zunächst“ aber der Sonntag tabu, selbstverständlich auch für die pseudoliberalen F.D.P.-Spitze.

afl: In der Politik hat man immer lange etwas davon! Etwa alle fünf Jahre wird der Gürtel eines schon grotesk überflüssigen Gesetzes um ein oder zwei Punkte gelockert. Man darf gespannt sein, wann wirklich die Unternehmer in Deutschland selbst entscheiden dürfen, wann Sie und ihre freiwilligen Angestellten für ihre Kunden da sein wollen: 2005, 2010, 2015 oder 2020? Der deutschen Politik ist hier sogar eine wahre Jahrhundertleistung zuzutrauen, oder?

Diskussionen versus Smalltalk

Marianne Diem, geb. 1970, Diplom-Mathematikerin, Studium in Göttingen, Bonn und Paris. Consultant für ein Investmentbanking-System.



Meine persönlichen Stärken:
Rationalität.

Meine persönlichen Schwächen:
Unheilbare ständige Unkenntnis der jeweils herrschenden PC-Meinung.

Mein Motto:
Das gibt es im Berufsleben: Who does what by when; do what you say; client first, company second, self third ... Zuhause habe ich lieber keines.

Meine Hobbys:
Internet, Fahrrad fahren, subversive Pamphlete.

Meine Vorbilder:
Michel Milken.

Meine Lieblingsautoren:
Frédéric Bastiat.

Mein Lieblingsbuch:
„Simplizissimus von Grimmelshausen“, „Der Leopard“ von Tomasi di Lampedusa und „Die Baumwollpflücker“ von Traven.

Wen ich gerne einmal kennenlernen möchte:
Frédéric Bastiat.

Was ich liebe:
Diskussionen.

Was ich hasse:
Smalltalk.

Was ich mit Staat und Politik verbinde:
Sonntags nichts einkaufen zu können.

Was ich mit Liberalismus verbinde:
Privatsphäre.

Was ich mit Anarchismus verbinde:
„Die Verlobten“ von Alessandro Manzoni.

Was ich mit Kapitalismus verbinde:
Wohlstand.